

Verlag: Sächsische Verlagsanstalt, Dresden, Brühl 11. Telefon: 1111. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Einzelhefte: 0.30 M.

Verlagsort: Dresden. Einzelheftpreis: Die 1. Jahrgangshälfte 1.00 M., die 2. Jahrgangshälfte 1.00 M., die 3. Jahrgangshälfte 1.00 M.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlag: Sächsische Verlagsanstalt, Dresden, Brühl 11. Telefon: 1111. Preis: 1.00 M. pro Quartal.

Verlag: Sächsische Verlagsanstalt, Dresden, Brühl 11. Telefon: 1111. Preis: 1.00 M. pro Quartal.

Amerika lehnt ab

„Europa muß die Schuldenfrage selbständig lösen“

Washington, 20. Januar. (Reuter.)

Die Vereinigten Staaten haben durch Vorkämpfer Edge Kennedy mitgeteilt, daß Europa das Schuldenproblem ohne Eingreifen der Vereinigten Staaten regeln müsse.

Paris, 20. Januar.

Dem „New York Herald“ wird aus Washington berichtet, daß das Staatsdepartement Vorkämpfer Edge Kennedy beauftragt habe, LaVal davon zu unterrichten, daß die amerikanische Regierung sich nicht verpflichten könne, ein neues Moratorium zu versprechen, und daß die Paroleführer im Kongreß das Weisheitswort vor jeder Ausdehnung des Hoovermoratoriums gewahrt hätten.

Nach dem „Herald“ soll die Antwort Washingtons ferner hervorheben, daß die Ansicht der amerikanischen Regierung dahingehe, die europäischen Staaten könnten ihre Schulden bezahlen, wenn sie untereinander das Vertrauen wieder herstellen und ihre Rüstungskosten herabsetzen würden.

Diese Antwort Amerikas ist die Erwiderung auf Frankreichs diplomatische Anfrage, ob im Falle einer Herabsetzung der Reparationen Frankreich auf einen weiteren Nachlaß seiner Schulden durch Amerika rechnen könne. Nach dem Beschlusse des Kongresses, der festlegt, daß der Kongreß einer Verlängerung des Moratoriums und einer Herabsetzung der Schulden nicht zustimmen werde, war eine andere Antwort gar nicht zu erwarten. Man muß daher vermuten, daß Frankreich seine Anfrage nur gestellt hat, um sich für die kommende Reparationskonferenz den Rücken zu decken. Es ist leider zu erwarten, daß die französische Delegation auf der Konferenz unter Hinweis auf die Stellungnahme der Vereinigten Staaten eine unangenehme Haltung einnehmen wird.

„Völlige Verwirrung“

Englische Blätter zur Reparationskonferenz.

London, 20. Januar.

Die Blätter schildern heute die völlige Verwirrung, die wegen der geplanten Reparationskonferenz herrscht, drücken aber die Hoffnung aus, daß die interessierten Mächte sich in irgend einer Weise einigen werden. Sie sehen fest, daß Deutschland mit einer bloßen Verlängerung des

Moratoriums nicht einverstanden ist, und auf einem Zusammentritt der Konferenz beharrt, daß aber andererseits vor Abschluß der französischen Kammerdebatte eine Klärung der Lage unmöglich sei.

Die Blätter halten es für ausgemacht, daß mit oder ohne Konferenz in Paris ein Aufbruch der Hauptfragen erfolgt. Daily Mail und Daily Express lehnen eine Beilegung der deutschen Reparationsverpflichtungen entschieden ab. — Times betont, daß weder eine „gemeinsame Front“ von Gläubigern gegenüber Deutschland, noch eine „gemeinsame Front“ von Schuldner gegenüber Amerika gebildet worden sei. Die britische Regierung wünsche dringend eine freie Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldner. Daily Telegraph betont, daß LaValo geistige Erklärung die Dinge auf den toten Punkt bringe.

In erster Linie sei eine vernünftige Haltung Deutschlands und Frankreichs notwendig, denn irgendwie müßten die europäischen Mächte es fertigbringen, an die Arbeit zu gehen.

Morning Post führt aus, daß eine endgültige Reparationsvereinbarung die Reorganisation Frankreichs berücksichtigen müsse, daß Deutschland durch Streichung seiner Verpflichtungen zu mächtig werden könnte. Andererseits müsse England aber auch angesichts seiner großen Darlehen an Deutschland an die verhängnisvollen Folgen eines deutschen Zusammenbruchs denken.

Deutschland gegen jeden Aufschub

Berlin, 20. Januar.

Gegenüber der von französischer Seite bekanntgegebenen Absicht, die Reparationskonferenz um ein halbes oder sogar um ein ganzes Jahr zu verschieben, hat die deutsche Regierung, wie das B. L. hört, ihre Vorkämpfer bei den Mächten angewiesen, auf die unangenehmen wirtschaftlichen Folgen aufmerksam zu machen, die sich aus einer solchen Vertagung der Konferenz und der endgültigen Lösung ergeben können. Die deutschen Vorkämpfer sind beauftragt, noch einmal auf die im Schlußbericht der Vorkämpfer Sachverständigen enthaltenen ernstlichen Schlußfolgerungen hinzuweisen und zu erklären, daß die Depression in Deutschland und so auch in anderen Ländern noch immer im Wachstum begriffen ist und daß ihrer Meinung nach die Lage weder einen Aufschub noch eine verkleinerte Verhandlung vertrage.

Das deutsche Konkurrenzgepenit

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

W. E. Seitdem Brüning ausgesprochen hat, was die ganze Welt weiß, aber nicht alle Welt wahrhaben will, nämlich, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen kann, erreicht eine von französischer Seite entfesselte Kampagne gegen Deutschland wieder einen seit langem nicht mehr gekannten Höhepunkt. An Geschicklichkeit, aber auch an Struppelhaftigkeit und Verdrehungen steht die neue deutsch-feindliche Propaganda früheren um nichts nach.

Bei der Bearbeitung der englischen Öffentlichkeit hat Frankreich auf seine reiche Erfahrung in der propagandistischen Beeinflussung der Welt gegen Deutschland zurückgreifen können, die es seit langer Zeit gesammelt hat. Es hat auch in diesem Falle, das muß man gesehen, einen psychologisch ungewöhnlich günstigen Angriffspunkt gewählt. Die neue deutsch-feindliche Propaganda wolle ist um so gefährlicher, als bereits einmal mit den gleichen Methoden ein Erfolg erzielt worden ist, sie daher nun einen ungekosteten Boden vorfindet, in den sie leicht einzudringen vermag. Denn sie verurteilt die Macht vor der Konkurrenzmäßigen Überlegenheit der deutschen Wirtschaft wieder zu erwecken, die der Durchschnittproduktion vor dem Kriege hatte. Das Gepeinert einer entseelten deutschen Industrie- und Handelskonkurrenz wird in der französischen Presse heute wieder täglich den Engländern vor Augen gehalten. In einer furchterregenden Größe soll es erscheinen, wenn Deutschlands Produktion in Zukunft gänzlich von den Reparationslasten befreit würde, der gegenüber die englische Industrie auf den Weltmärkten nicht mehr erfolgreich gegenüber treten könne. Wer die Vorliebe der Engländer für Gepeinertgeschichten kennt, und weiß, wie sehr England gegenwärtig bemüht ist, seine Ausfuhr zu steigern, sieht, wie geschickt, aber auch wie gefährlich der jehige Propagandafeldzug für Deutschland werden kann.

Den Beweis für den Konkurrenzvorsprung eines von seinen Reparationslasten befreiten Deutschlands, „das in die politische und wirtschaftliche Lage der Welt eine noch größere Unordnung als die bereits gegenwärtig bestehende hineinbringen wird“ („Temps“ vom 15. Januar), macht man sich sehr leicht, indem man beispielsweise feststellt, daß die Kriegsschulden und Rüstungsausgaben in Deutschland nur 30 RM., in Frankreich dagegen 57 RM., und England sogar 100 RM. pro Kopf der Bevölkerung betragen, daß aber nach einer völligen Streichung der Reparationen Deutschland nur noch 9 RM., Frankreich dagegen 80 RM., und England sogar 107 RM. je Kopf der Bevölkerung für diese Zwecke zahlen müsse. Mit solchen und ähnlichen Zahlen lacht gegenwärtig die französische Presse gegen eine Streichung der Tribute zu ächzeln.

Was ist von einer solchen „Beweisführung“ zu halten und wie wirken sich die angegebenen Tatsachen, selbst wenn sie richtig wären, auf die deutsche Konkurrenzfähigkeit an den Weltmärkten aus? Es soll einmal unterstellt werden, daß die von der Gegenseite angeführten Zahlen stimmen, obwohl auch gegen sie noch Einwendungen gemacht werden müßten. Sie beweisen, jedenfalls unter gar keinen Umständen, daß Deutschland weiter Reparationen zahlen kann. Denn die Leistung von Reparationen hängt allein davon ab, eritens, ob Deutschland die erforderlichen Summen durch Steuern aufbringen bzw. durch Staatsanleihe noch einsparen kann und zweitens, ob es genügend Devisen zur Verfügung hat, um die aufgetragenen Summen zu transferieren. Zu 1. stellt selbst der Vorkämpfer Sachverständigenauschuß fest, daß die Steuerlast in Deutschland nicht mehr weiter angehoben werden kann, und auch weitere neuemswerte Erparnisse vermag dieser Auschuß nirgendwo mehr vorzuschlagen. Selbst die Reichsbahn, die für das Jahr 1931 alle bisher angesammelten Reserven braucht, um ein offenes Defizit zu vermeiden, kann für Reparationszwecke nicht mehr herangezogen werden. Zu 2. ist weltbekannt, daß ausländische Kredite für Deutschland nicht mehr erhältlich sind und daß die durch den Aufschwung überschüssigen anfallenden Devisen knapp ausreichen werden, den privaten Schuldendienst sicherzustellen. Hieraus ergibt man, daß die von der Gegenseite oben angeführten Ziffern für die Reparationsfähigkeit Deutschlands gar nichts bezeugen und in keiner Weise beweiskräftig sind. Denn trotz der nur von Ausland überbotenen Reichthüm des Steuerdrucks ist es nicht mehr möglich Mittel für Tribute aus dem deutschen Volke herauszupressen. Die Streichung der Reparationen bedeutet daher auch in Zukunft praktisch kein Nachlassen des Steuerdrucks mehr, da

Regierung und Bankenfrage

Widerzusammentritt des Haushaltsausschusses des Reichstages.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat nach längerer Pause heute vormittag seine Arbeiten wieder aufgenommen. Zur Beratung stehen u. a. ein kommunikativer Antrag auf sofortige Einstellung aller Subventionen an das Bank- und Industriekapital und an den Großgrundbesitz, ein Antrag der Sozialdemokraten zur Abänderung und Ergänzung der Bestimmungen der September-Katverordnung über Aktienrecht, Bankenaufsicht und Steueramnestie sowie das Pensionstürzungsgezet in zweiter Lesung.

Reichskommissar Ernst erklärte zunächst in Beantwortung einer Anfrage wegen der Pläne der Reichsregierung bezüglich der Banken, an denen sie beteiligt ist, daß diese zuletzt von der Reichsregierung erörterten Pläne durch die Presse bekannt seien. Die Erwägungen seien noch nicht abgeschlossen, so daß etwas Abschließendes noch nicht gesagt werden könne. Der eine Plan, die Danabank mit einem anderen Bankinstitut zu verschmelzen und bei der Dresdner Bank die Kapitalverhältnisse umzugestalten und gegebenenfalls Bezirksdirektionen mit starker Selbständigkeit zu schaffen, behandelt die Frage sehr speziell. Der andere Plan, eine Zentralbank zu schaffen, um die von den verschiedenen Banken gegebenen Kredite abzuwickeln, könnte, wenn man ihm näher treten würde, nur in der Form verwirklicht werden, daß neben den schlechten auch die guten Risiken in die Zentralbank gelegt würden. Eine solche Mammutbank habe den Nachteil, daß eine richtige Zusammenballung entstehe, und daß künftig der Industrie nur dieses Institut zur Finanzierung zur Verfügung stünde. Im übrigen sei das Reichsfinanzministerium für die Frage zuständig.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, daß man die Bankenfrage nicht erörtern könne, ohne auf die Grundursache ihrer Krankheit einzugehen, nämlich auf die Gesamtlage der Wirtschaft. Darum habe auch die Reichsregierung bei ihren Maßnahmen auf dem Gebiete der Banken den Kreis ihrer Untersuchungen außerordentlich weit gezogen. Weder alle diese Dinge lasse sich jedoch nur verträglich in kleinem Kreise sprechen, wenn keine Partei ein Interesse daran habe, daß die Öffent-

lichkeit erfahre, was bei den einzelnen Instituten, den Verbänden, den gewerblichen Genossenschaften, den Banken usw. geschehen sei. Mit einer neuen Zusammenlegung, etwa der Commerz- und Privatbank mit der Danabank oder anderen Instituten allein sei nicht geklärt. Die Schwierigkeiten würden nur vermehrt werden. Ein neuer Personalabbau wäre die unvermeidliche Folge. Auch frage sich, ob dann nicht die Dresdner Bank in Zukunft durch die Konkurrenz einer solchen Bankkonzentration Schaden erleiden könnte. Eine weitere Frage sei die, wie die vom Reich gegebene Garantie abgedeckt werden sollte. Vom Februar ab sollen die der Dresdner Bank zugeführten Sachanweisungen monatlich mit 12 Millionen RM. abgedeckt werden. Im übrigen erörterte die Reichsregierung im Augenblick vollkommen neuartige Gedanken. Die Dinge seien bereits in ein Stadium gekommen, das in den nächsten Tagen oder Wochen unter allen Umständen eine Entscheidung erzwingt. Der Minister erklärte abschließend, die Tendenz innerhalb der Regierung sei dahin zusammenzufassen, daß der Einfluß der Reichsregierung auf die Banken wie der abgeaut werden solle.

Der Ausschuß setzte schließlich einen Unterausschuß ein, der die Bankenfrage vorbereiten soll. Er nahm dann noch die vom Reichsfinanzministerium vorgelegte unabänderliche Zusammenstellung der am Reichshaushaltplan für 1931 vorgenommenen Änderungen zur Kenntnis und vertagte sich darauf auf Mittwoch.

Präsidenten-Wahl

zwischen 28. Februar und 13. März.

In parlamentarischen Kreisen wird jetzt in höherem Grade als noch in der letzten Woche mit der Möglichkeit einer Beschleunigung des Termins für die Reichspräsidentenwahl geredet. Man nimmt an, daß eine Vorlage an den Reichstag hierüber binnen kurzem vom Kabinett verabschiedet werden wird. Der Termin steht allerdings bisher noch nicht fest; doch gilt mit Rücksicht auf die nötigen Vorbereitungen auf der einen Seite, auf das frühere Oster-Datum auf der anderen der 28. Februar als der früheste, der 13. März als der späteste Termin für den ersten Wahlgang.

Spanien und die Jesuiten

Juristenaustrich für Ausweisung des Ordens.

Paris, 20. Januar. Nach einer Blättermeldung aus Madrid hat der von der Regierung eingesetzte Juristenaustrich zur Prüfung der Frage der verfassungsmäßigen Zulässigkeit der Ausweisung der Jesuiten aus Spanien diese Frage bejaht. Voraussetzungen sind nun demnächst eine Verordnung des Justizministers über die Auflösung des Jesuitenordens in Spanien erlassen.

Wir ja bereits gegenwärtig für diese Zwecke nichts mehr im Etat übrig haben und ja gerade deswegen das Hooverfeierjahr eingeführt werden mußte. Eine theoretische Entlastung pro Kopf der Bevölkerung, wie sie die Franzosen gegenwärtig erleben, tritt zwar durch die Reparationsfremdung zweifellos ein, aber doch nur in dem Sinne, daß eine Forderung nicht mehr in Rechnung gestellt wird, die so wie so schon nicht mehr einbringbar ist. Ob die von den Franzosen genannten Ziffern tatsächlich rechnerisch stimmen oder nicht, ist daher völlig gleichgültig und sie brauchen deswegen auch hier nicht im einzelnen korrigiert zu werden.

Wie willkürlich und unerheblich die von der Gegenseite angeführten Zahlenbeispiele für den Zweck sind, für den sie jetzt gebraucht werden, ergibt sich auch daraus, daß gerade wegen der Inflation in Deutschland eine Reihe von Aufgaben und Leistungen von Staats wegen übernommen werden müssen, an deren Erfüllung andere Staaten überhaupt nicht oder nicht im gleichen Umfang zu denken brauchen. Wir erinnern nur an die zahlreichen Fälle einer öffentlichen Unterstützung für diejenigen Personen, denen die Inflation ihre letzten Existenzmittel genommen hat oder an die Betreuung von dringenden Aufgaben durch den Staat, die früher durch Stiftungen oder andere private Mittel gelöst wurden. Auch die staatliche Subvention der Bauwirtschaft ist in großem Umfang eine der unerfreulichen und kostspieligen Folgen der Inflation. Alle diese Ausgaben und viele andere finden sich aber nicht in den Posten „Innere Schulden“ des Herrn Sir Walter Lanton, der nebensächlich bemerkt auch völlig vergessen hat die viel teurere Verzinsung der deutschen Schulden auch nur andeutungsweise in Rechnung zu ziehen.

Der Fiskus wird also durch die Streichung der Reparationen, die gegenwärtig praktisch schon nicht mehr aufgebracht werden, in keiner Weise mehr entlastet. Und die Wirtschaft? Materie gesehen genau so wenig wie der Fiskus, da ja die Reparationen von der Wirtschaft in Form von Steuern eingetrieben werden. Wohl ändert sich psychologisch Wesentliches nach dem Fortfall der politischen Zahlungen, die dauernd Ungewißheit und Störungen in den Wirtschaftsverhältnissen herbeiführen, insofern, als das Vertrauen und die Hoffnung dann wiederkehren können. Wie aber bei dem gegenwärtigen Steuerdruck, der, was immer wieder festgestellt werden muß, beispiellos in der Geschichte der kultivierten Völker ist, die deutsche Wirtschaft besonders international konkurrenzfähig sein soll, zumal auch das Ausland durch Zollmauern, Währungsverschlechterung und Devisenzwangswirtschaft noch fortgesetzt und in ständig steigendem Umfang sich gegen die deutsche Wareneinfuhr wehrt, ist nicht erlichlich. Der kapitalistische Marktmechanismus hat auch in den vergangenen Monaten, wenngleich mit ungeheurer Stöhnen und Krämpfen, was seine besonderen Gründe hat, funktioniert. Diese Gesetze werden auch weiterhin wirksam bleiben, solange der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft überhaupt in ihrer jetzigen Struktur erhalten bleiben. Daraus ergibt sich aber auch, daß der Exportzwang Deutschlands erst dann wird abnehmen können, wenn die Auslandsverpflichtungen Deutschlands geringer werden. Also das gerade Gegenteil der französischen Behauptung über die wachsende deutsche Konkurrenz nach Streichung der Reparationsschulden ist richtig. Man wundert sich wirklich, daß diese volkswirtschaftlichen Binzenweisheiten, für die die Völker doch nun einen ausgiebigen und reichlichen Anschauungsunterricht bekommen haben, sich immer noch nicht durchgesetzt haben. Glaubt man denn in der Welt, daß uns Deutschen dieser Noterport, der für die Privaten gegenwärtig durchweg unentbehrlich oder gar mit Verlusten verbunden ist, Spah macht? Weiß man denn nicht, daß der innerdeutsche Markt so aufnahmefähig ist, wie nie seit der Kriegszeit, daß aber die Reparations- und Schuldenszahlungen uns die Mittel wegnehmen, um diese innerdeutschen Bedürfnisse zu befriedigen? Unsere Wirtschaft wäre froh, für einen geringfügigen Anstieg des Marktes zu sorgen zu können, und mit Freude würde sie sich von den verlustreichen Auslandsmärkten zurückziehen. Das deutsche Konkurrenzgepenst ist, wirtschaftlich gesehen, nichts als ein Nebel, der auf die Gehirne einzelner Völker gelegt werden soll. Politisch aber ist es leider eine gefährliche Realität gegen uns.

Und nun noch eins. Wir rechnen nicht damit, daß uns die Reparationen deswegen gestrichen werden, damit der innerdeutsche Markt sich erholen könnte, obwohl schon damit der deutsche Ausfuhrdruck an den Weltmärkten erheblich nachlassen würde, was für unsere Gläubiger schon ein Vorteil wäre. Wir glauben, daß die Reparationsstreichung aus noch viel zwingenderen Gründen kommen muß, deshalb nämlich, weil nicht nur zwar wichtige politische Motive unserer Gläubiger auf dem Spiele stehen, sondern deren Lebensinteressen. Die Reparationszahlungen haben schon seit einiger Zeit ihren fördernden Einfluß nicht mehr nur auf die Weltwarenmärkte ausgeübt, sondern sie haben bereits aufs beständige an den Grundlagen des internationalen Kreditgebäudes gerüttelt. Dieses Kreditgebäude zu retten ist die vorrangigste Aufgabe der internationalen Politik und Wirtschaft. Denn es besteht kein Zweifel, daß die großen Fortschritte der Produktion auf allen Gebieten und in allen Ländern nur möglich waren, und, wie sich heute jedem deutlich zeigt, auf die Dauer nur aufrechtzuerhalten sind, wenn die internationalen Kreditmärkte einigermaßen funktionieren. Ohne deren Stabilisierung und Sanierung ist daher alle Hoffnung auf einen Aufschwung der industriellen und kommerziellen Tätigkeit in der Welt vergebens. Tritt sie nicht ein, wird sich jedes Land, so gut oder so schlecht es geht, vom Auslande abisoliert und verdrängt, mit einem

Lavals Regierungs-Erklärung

Frankreich macht Reparations-Kompromiß vom Schuldennachlaß abhängig

„Die Heiligkeit der Verträge“

Paris, 19. Januar.

Kammer und Senat sind heute nachmittags 3 Uhr französischer Zeit zusammengetreten. Nach den Ansprachen der Präsidenten wurde von Ministerpräsident Laval in der Kammer und von Justizminister Berard im Senat folgende Regierungserklärung verlesen:

Nicht ein Misstrauensvotum hat das vorausgegangene Kabinett veranlaßt, zurückzutreten. Fast zwölf Monate hindurch hatten Kammer und Senat der Regierung ihr Vertrauen niemals versagt und in der abgelaufenen Legislaturperiode es noch einmal bekräftigt. Bekannt ist, unter welchen Bedingungen wir, allerdings ohne Erfolg, verhandelt haben, die Grundlage unserer Aktion zu verbreitern. Die Ereignisse selbst und die Schwierigkeiten, die uns eine einmütige Anstrengung aller erforderlichen Kräfte setzen, genügen, heute die wesentlichen Punkte des Programms, das wir dem Parlament zu unterbreiten haben, zu bestimmen.

Unsere Regierung steht vor großen außenpolitischen Aufgaben. Sie wird sich zwei Problemen, die gegenwärtig Gegenstand internationaler Erörterung sind, widmen müssen: Den Reparationen und der Frage der Einschränkung der Rüstungen. Die Krisis, deren Auswirkungen Frankreich infolge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Nationen auch spürt, hat nicht nur die öffentliche Meinung der Völker in Bewegung gebracht, sondern auch zahlreiche Systeme auf den Plan gerufen, die eher auf doktrinaire Einbildungskraft als auf die Realität der Tatsachen begründet sind. Die Welt sucht nach Formeln, die ihr Heilung versprechen. Sie nimmt leider mit zu großer Vereinfachung die Theorien auf, die ein sofort wirkendes Heilmittel bringen wollen. Die Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden würde einem solchen Selbstmord entsprechen.

Wir können für die Zukunft keine Lösungen annehmen, die Frankreich in seinen wesentlichen Interessen und in seinen durch drei geschlossene Verträge betonten Rechten treffen würden, wenn sie nicht die Krise beschwören würden. Wir werden das Recht auf Reparationen nicht verjähren lassen.

Man fordert von uns aber eine Entlastungsquittung zugunsten unserer Schuldner. Wir haben indessen eine doppelte Pflicht,

nämlich gegenüber den Generationen, die den Krieg miterlebt haben, die Pflicht, nichts von unseren Guthaben zu opfern, ohne einen entsprechenden Ersatz unserer eigenen Schulden; und gegenüber den kommenden Generationen die Pflicht, alle Abkommen von einem gerechten Ausgleich der Produktions- und Existenzbedingungen abhängig zu machen.

Dieses Gleichgewicht wäre zerstört, wenn nach Überwindung der Krise das Verhältnis zwischen den finanziellen und menschlichen Kosten, die die Weltkriege den Völkern kosten, Frankreich bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt in einen Zustand der sicheren Unterlegenheit versetzen würde. Die Regierung wird bei allen bevorstehenden Verhandlungen zur Anpassung der in Kraft befindlichen Vereinbarungen über die Kriegsschulden an die wirtschaftliche Depression weiterhin sich streng an die Grundprinzipien halten, die das französische Parlament stets gebilligt hat. Die Stellung Frankreichs ist übrigens nicht so hervorragend, wie man dies gern im Ausland hinstellt.

Die Regierungserklärung geht sodann auf die wirtschaftliche Lage in Frankreich ein und spricht von der Arbeitslosigkeit, um dann auf die Budgetverabschiedung zu sprechen zu kommen. Dabei wird erklärt, daß die öffentlichen Finanzen gegenwärtig in allen Ländern auf Schwierigkeiten stoßen. Alle Bemühungen des Parlaments müssen also dahin gehen, das Budget in der normal festgesetzten Fristen zu erstellen.

Bezüglich der bevorstehenden Abrüstungskonferenz werde sich Frankreich, so erklärte Laval weiter, an seine Denkschrift vom 15. Juli 1931 halten. Diese Politik ist nicht nur diejenige Frankreichs, sondern auch diejenige des Völkerbundes. Alle Parteien in Frankreich haben immer wieder betont, daß der Erfolg der Abrüstungskonferenz nur dann gesichert wäre, wenn sie in einem eng umgrenzten Rahmen stattfinden würde. Dieser Rahmen müsse die Achtung vor den Verträgen, Schiedsgerichtsbarkeit, Festsetzung des Angreifers, gegenseitige Unterfütterung bzw. Sicherheit. So ist falsch, wenn man von Frankreich Schwäche oder Nachgiebigkeit erwartet. Sein fester Wille, den Frieden zu organisieren, schließt das eine und das andere aus.

Als Laval seine Ausführungen beendet hatte, stimmte die Linke in den Ruf ein: „Es lebe Briand!“

„Frankreich ist einig“

Pariser Blätter zur Regierungserklärung Lavals.

Paris, 20. Januar.

Die Regierungserklärung Lavals findet naturgemäß in der Regierungspresse stachen Beifall. „Matin“ betont die völlige Einigkeit bis zur äußersten Linken über den wesentlichen Punkt der französischen Außenpolitik.

Daß Frankreich keinesfalls zahlen werde, wenn Deutschland nicht zähle,

und „Echo de Paris“ warnt das Ausland vor Illusionen über das Ausmaß der innenpolitischen Streitigkeiten in Frankreich. Die Oppositionspresse verhielt sich kritisch. So charakterisiert die radikale „République“ in einem Artikel die Engherzigkeit in der Reparationsfrage und stellt in einer anderen Ausgabe die Tendenz Briands einer Tendenz Marins gegenüber. — Der „Quotidien“ schreibt, die Regierungserklärung habe keinen Schwung. Sie beziehe sich nur auf die unmittelbaren Probleme und sei in unbestimmten Wendungen gehalten, die in Frankreich weder beruhigen, noch zufriedenstellen könnten. Laval habe sprechen müssen, aber nichts gesagt. — „Ouvrier“ hebt die Ansprache des Kammerpräsidenten hervor, die dafür Zeugnis ablege, daß das französische Volk nicht bereit sei, auf Briands Politik zu verzichten.

Der Standpunkt der französischen Sozialisten

Paris, 20. Januar.

In der Debatte, die am Dienstag in der französischen Kammer auf die Rede Lavals folgte, sprach auch der Führer der Sozialisten Leon Blum. Er erklärte, Reichsminister Dr. Brüning habe von der vorübergehenden Zahlungsmöglichkeit Deutschlands auf eine definitive geschlossen. Für ihn und für Deutschland sei die Reparationsfrage geregelt. Unter wiederholten Protesten aus der Mitte und von der Rechten des Hauses fragte Blum, ob die verschiedenen Regierungen Frankreichs alles getan hätten, um die republikanischen und demokratischen Elemente Deutschlands zu unterstützen. Wenn Frankreich sich an den Vorhaben seines Rechts Kammer, begünstige es die Propaganda Hitlers. Er sei der Ansicht, daß der Streit darüber, ob Deutschland die Wiederaufbaukosten schon erhalte habe, was er persönlich nicht glaube, einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden müsse. Der Anspruch Frankreichs als Reparationsgläubiger sei berechtigt, aber Deutschland könne wegen seiner gegenwärtigen Lage nicht zahlen. Wollte die Regierung etwa zur Politik des Zwanges und der Pfänder zurückkehren? Eine restlose Streichung der Reparationen sei nicht angebracht. Er, Blum, wolle nicht, daß der Youngplan einseitig zerfallen werde, aber ebensowenig, daß man ihn gewaltsam aufzwinge. Vielleicht lasse sich ein Ausgleich für die Richtzahlung in den Einsparungen finden, die durch eine aufrichtige Annäherung erzielt werden könnten. Auf

Kräften durchzukommen. Aber dann wird sehr Volk den alten Lebensstandard wiedergewinnen, selbst nicht einmal den heutigen aufrechterhalten. In einem solchen Falle wird auch Deutschland noch härter als bisher seine Ausfuhr drohen müssen. Gerade die Engländer müßten sich überlegen, ob der endgültige Verlust des deutschen Marktes für sie nicht schwerer wiegt, als eine zu dem in Zukunft aller Voraussicht nach abnehmende Konkurrenz eines von den Reparationen befreiten Deutschlands auf den Weltmärkten. Solange aber noch Reparationszahlungen die Verhältnisse auf den internationalen Kreditmärkten verfallenen müssen, wird eine Gesundung der internationalen Kreditbeziehungen nicht möglich werden. Das wahre Schreckgespenst für die Weltwirtschaft ist daher trotz aller Propaganda nicht die deutsche Konkurrenz, sondern sind und bleiben die Reparationen.

keinen Fall aber dürfe Deutschland, wenn es von den Schulden befreit sei, nach Wiederkehr der Prosperität seinen Gläubigern unläutere Konkurrenz machen. Auf keinen Fall dürfe die Reparationsfrage Konfliktursache werden.

Leon Blum wurde während seiner Rede von der Rechten andauernd unterbrochen und mußte zeitweilig die Rednertribüne verlassen.

Frankreichs Abrüstungstheze

Paris, 20. Januar.

Der Abgeordnete Fabry, der zum Mitglied der französischen Delegation für die Abrüstungskonferenz ernannt worden ist, präzipitierte seine Abrüstungsgrundzüge heute im „Intransigant“. Artikel 8 des Völkerbundespaktes und die Friedensverträge hätten, so meint Fabry, ein System geschaffen, das auf „Abüstungsproportionen“ beruhe, wobei den in Artikel 8 aufgeführten Bedingungen, die sich auf Rüstungen der Nicht-Mitgliedsstaaten des Völkerbundes bezögen, Rechnung getragen werden müsse. Um diese Rüstungsproportionen zu finden,

die unvermeidlichen Rüstungsungleichheiten

zu neutralisieren, dem Kriege von 1914 eine gerechte Sanktion (!) zu geben und um einen Ausgangspunkt für ein Ausgleichsproblem zu finden, hätten die Verträge die militärische Rüstung Deutschlands und seiner Alliierten festgelegt. Eine Verringerung dieses Status würde alles, was namentlich in Frankreich seit 12 Jahren für die Anwendung von Art. 8 geschehen sei, wirkungslos machen. Eine Rüstungsfreiheit würde unvermeidlich einen Rüstungswettlauf und damit den finanziellen Bankrott und den Krieg zur Folge haben. Nur Rüstungsbeschränkung bringe Rettung, und sie könne ohne Respektierung der Verträge und der in Art. 8 des Völkerbundesstatuts aufgestellten Grundsätze nicht erzielt werden.

Dieser französischen These muß vom deutschen Standpunkt her widerprochen werden. Von „Abrüstungsproportionen“ ist in den einschlägigen Teilen des Versailler Vertrages an keiner Stelle die Rede. Dort wird vielmehr die deutsche Abrüstung als Anfang der allgemeinen Abrüstung bezeichnet und die Gleichheit aller Mitglieder des Völkerbundes festgelegt. Die These des Herrn Fabry steht also in Widerspruch zu dem klaren Wortlaut des Versailler Vertrages.

* In Preußen wurden am 31. Dezember bei den Bezirkshauptverordneten 1142000 Wählerregistererwerblöse gezählt.

* Auf der Karsten-Zentrum-Grube in Bertheln wurde am Mittwoch der dritte Tote geborgen.

* Durch die Ueberflutungen in Vabheim (Rheinland) explodierte das Kalkumlagerhaus der dortigen chemischen Fabrik. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch ist der Sachschaden — es wurden mehrere Lagergebäude und Schuppen eingestürzt — sehr hoch.

* Der dänische Außenminister Raab hat in der Politischen Stellung gegen die deutsche Buttererhöhung genommen.

* Aus der Mandchurien melden die Japaner Erfolge ihrer Streitkräfte. In drei Kämpfen sei es gelungen, irreguläre chinesische Truppen zurückzuschlagen; auf Seiten der chinesischen Kämpfer seien etwa 125 Mann dabei zu beklagen.

Jugentgleisung bei Erfurt

Erfurt, 20. Januar. Bei Einfahrt eines Personenzuges in den Bahnhof Leubingen stürzte gestern Abend aus unbekannter Ursache der dritte Wagen plötzlich um und brachte die folgenden Wagen zur Entgleisung. Während die Fahrgäste mit dem Schrecken davonkamen, wurde der Zugführer so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus starb.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsbedingungen: Zeit schwache Winde aus Süd, bis Ost. Weiter, örtlich Nebelbildung. Temperaturverhältnisse wenig verändert.

Ha

Fast

Auswirku

Die Ein- auf 488 Mill. gibt sich ein- da der gewoge- gegangen ist. fuhr von L- Menge nach is- und von Ferti- Soweit jetz- nach Bezugs- eine Steiger- Staaten, aus- lichen saison- Einfuhr aus C-

Die Ausfuhr

Die Repar- Vormonat 14- wieder mit ei- samtausfuhr- gibt sich dem- über dem Vor- 750 Mill. RM. nur wenig ve-

Tatsächlich

denn in dem- großem Umfa- früheren Mon- dabei um Lie- der Regel in- nate erstreck- schreibung d- gründen regel- ferungen. Ins- schinentellen- (d. h. um run- gewiesen. Vor- Millionen auf- fallen. Berücl- Ausfuhr tatsä- 5 bis 6 Proz. z- fuhrrückgang- Durchschnitts- Abgemo- vorliegend- wider na-

Abgesehen vo

Warenbezüge- stark vermind- zeigt vor-

Die Handels

ist von 22- Sachlieferu- auf 250 Mill-

Im einze

monat folgen- fuhr von 1- auf höheren 1- Kaffee (+ 32-

In der E

Steigerung de- RM.) Abnahm- RM.) Oelfrück- von Pelawerk- RM.) gegenüb- rückgang der- tischen Erzeu- Pelawaren (—

Die Zunahme

in der Ausfu- wohnt, die An- teilen um ein- monat. Abgese- hang mit der- waren (—132-

Die tatsä

Von der ausg- waren, wie in- RM. für Lage- reits im Jahr-

Im 2. Halb

Nach dem frü- abrechnung- niedrig nach- amtlichen M- in den erste- werden komm- jährlichen M-

Handels- u. Wirtschafts-Zeitung

Fast 3 Milliarden Ausfuhrüberschuß 1931

Auswirkungen der ausländischen Währungsentwertungen im Dezember

Die Einfuhr hat im Dezember von 482 Mill. RM. auf 488 Mill. RM. zugenommen. Mengenmäßig ergibt sich eine größere Steigerung, und zwar um 5 Proz., da der gewogene Durchschnittswert um 4 Proz. zurückgegangen ist. Wertmäßig hat sich lediglich die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken erhöht, der Menge nach ist jedoch auch die Einfuhr von Rohstoffen und von Fertigwaren, wenn auch unbedeutend, gestiegen. Soweit jetzt bereits Nachweisungen über die Einfuhr nach Bezugsländern im Dezember vorliegen, ergibt sich eine Steigerung des Warenbezugs aus den Vereinigten Staaten, aus Italien und aus Britisch-Indien (im wesentlichen saisonmäßig). Stark abgenommen hat dagegen die Einfuhr aus China.

Die Ausfuhr wird im Dezember von der Handelsstatistik mit 712 Mill. RM. ausgewiesen gegen 734 Millionen RM. im Vormonat.

Die Reparations-Sachlieferungen, die im Vormonat 14 Mill. RM. betragen, erscheinen im Dezember wieder mit einem Betrag von 26 Mill. RM. Für die Gesamtausfuhr (einschl. Reparations-Sachlieferungen) ergibt sich demnach ein Betrag von 738 Mill. RM. Gegenüber dem Vormonat, in dem sich die Gesamtausfuhr auf 749 Mill. RM. belief, erscheint die Gesamtausfuhr somit nur wenig vermindert.

Tatsächlich ist sie jedoch stärker zurückgegangen;

denn in dem Dezemberrückweis sind in verhältnismäßig großem Umfang Ausfuhrposten enthalten, die bereits in früheren Monaten hinausgeraten sind. Es handelt sich dabei um Lieferungen von Großmaschinenanlagen, die in der Regel in Teilsendungen, die sich über mehrere Monate erstrecken, ausgeführt werden. Die statistische Anrechnung dieser Posten erfolgt aus Zweckmäßigkeitsgründen regelmäßig erst nach Abschluß der ganzen Lieferungen. Insgesamt ist die Ausfuhr von Maschinen, Maschinenteilen und Kesseln im Dezember mit 123 Mill. RM. (d. h. um rund 40 Mill. RM.) höher als im November ausgewiesen. Von dieser Steigerung dürften mindestens 30 Millionen auf nachträgliche Sammelabschreibungen entfallen. Berücksichtigt man dies, so ergibt sich, daß die Ausfuhr tatsächlich gegenüber dem November um etwa 5 bis 6 Proz. abgenommen hat. Mengenmäßig ist der Ausfuhrückgang nicht ganz so groß, weil gleichzeitig der Durchschnittswert der Ausfuhr gesunken ist.

Abgenommen hat die Ausfuhr, soweit die bereits vorliegenden Zahlen erkennen lassen, besonders wieder nach solchen Ländern, deren Währung entwertet ist.

Abgesehen von Dänemark und Schweden, deren Warenbezüge aus Deutschland sich im November bereits stark vermindert hatten,

zeigt vor allem die Ausfuhr nach England einen scharfen Rückgang

(von 120 Mill. RM. auf 99 Mill. RM.). Dabei ist zu berücksichtigen, daß hier auch die Dezemberzahl wohl noch in größerem Umfang Voreindeckungen enthält. Höher ausgewiesen ist die Ausfuhr u. a. nach Frankreich (Steigerung der Reparations-Sachlieferungen um 9 Mill. Reichsmark), nach Rußland (+ 18 Mill. RM.) und nach der Schweiz (+ 6 Mill. RM.). Im wesentlichen dürften diese Steigerungen mit den vorerwähnten Sammelabschreibungen bei der Ausfuhr von Maschinen zusammenhängen. Die erhöhte Ausfuhr nach der Schweiz ist daneben möglicherweise noch durch Voreindeckungen im Hinblick auf das bevorstehende Ende des Handelsvertrages zwischen Deutschland und der Schweiz beeinflusst.

Die Handelsbilanz zeigt im Dezember eine Aktivität von 224 Mill. RM.; einschl. der Reparations-Sachlieferungen beläuft sich der Ausfuhrüberschuß auf 250 Mill. RM. gegen 267 Mill. RM. im November.

Im einzelnen ergeben sich gegenüber dem Vormonat folgende Veränderungen: Die Steigerung der Einfuhr von Lebensmitteln beruht im wesentlichen auf höheren Bezügen von Südfrüchten (+ 7,8 Mill. RM.), Kaffee (+ 3,2 Mill. RM.) und Getreide (+ 2,1 Mill. RM.).

In der Einfuhr von Rohstoffen stehen einer Steigerung des Bezugs von Textilrohstoffen (+ 12,9 Mill. RM.) Abnahmen vor allem bei Mineralölen (- 6,3 Mill. RM.), Oelfrüchten und Oelsaaten (- 4,3 Mill. RM.), Fellen zu Pelzwerk (- 3,4 Mill. RM.) und Rohtabak (- 3,1 Mill. RM.) gegenüber. In der Gruppe Fertigwaren wird ein Rückgang der Einfuhr von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen (- 3 Mill. RM.) sowie Pelzen und Pelzwaren (- 2,9 Mill. RM.) teilweise ausgeglichen durch eine Zunahme der Einfuhr von Textilfertigwaren (+ 3,1). In der Ausfuhr von Fertigwaren ist, wie oben bereits erwähnt, die Ausfuhr von Maschinen, Kesseln und Maschinenteilen um 40 Mill. RM. höher ausgewiesen als im Vormonat. Abgenommen hat im wesentlichen im Zusammenhang mit der Saisonbelegung die Ausfuhr von Textilfertigwaren (- 13,2), Kinderspielzeug (- 5,1), Schuhwerk und anderen Lederwaren (- 3,4). Vermindert ist ferner die Ausfuhr von Walzwerkserzeugnissen und sonstigen Eisenwaren sowie diejenige von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen. Der Rückgang der Rohstoffausfuhr beruht insbesondere auf einer Verminderung der Ausfuhr von Steinkohlen (- 3,6) und von Eisenhalbzug (- 1,9). Die wichtigsten Reparations-Sachlieferungen im Dezember sind in der Gruppe Rohstoffe die Kohlen mit 3,5 (Vormonat 3,9) Mill. RM., in der Gruppe Fertigwaren Maschinen außer elektrischen mit 13,1 (Vormonat 2,2) Mill. RM. und Eisenwaren mit 5,9 (Vormonat 3,6) Mill. RM.

Die tatsächliche Einfuhr hat im ersten Halbjahr 1931 3700 Mill. RM. betragen.

Von der ausgewiesenen Zahl in Höhe von 3806 Mill. RM. waren, wie im Junibericht 1931 bereits mitgeteilt, 106 Mill. RM. für Lagerrechnungen abzusetzen, die sich auf bereits im Jahre 1930 eingeführte Waren beziehen.

Im 2. Halbjahr 1931 ist die Einfuhr mit 2916 Mill. RM. ausgewiesen.

Nach dem früheren Verfahren der vierteljährlichen Lagerabschreibungen war die Einfuhr in den letzten Monaten zu niedrig nachgewiesen, da die Entnahmen von Lagern ohne amtlichen Mitverschluß für diese Monate statistisch erst in den ersten Monaten des nachfolgenden Jahres erfaßt werden konnten. Im Verlauf von 1931 sind diese vierteljährlichen Meldungen überwiegend jedoch durch monat-

liche Meldungen der an der Einfuhr beteiligten Firmen ersetzt worden. Im wesentlichen sind daher die im zweiten Halbjahr 1931 von Lagern ohne amtlichen Mitverschluß entnommenen Waren in den Nachweisungen bis Dezember enthalten. Es fehlt nur noch ein Betrag von rund 16 Mill. RM., der erst im Verlauf dieses Jahres nachgewiesen werden kann, weil sich eine geringe Anzahl von Firmen dem neuen Verfahren noch nicht angeschlossen hat. Für die Berechnung der tatsächlichen Einfuhr im Jahre 1931 muß man demnach die anzunehmende Gesamtzahl in Höhe von 6722 Mill. RM. auf der einen Seite um 106 Mill. RM. vermindern, auf der anderen Seite um 16 Mill. RM. erhöhen. Es ergibt sich dann für

die tatsächliche Einfuhr in 1931 ein Betrag von 6632 Mill. RM. gegenüber der tatsächlichen Einfuhr von rund 10 200 Mill. RM. 1930

(die ausgewiesene Einfuhrzahl von 10 398 Mill. RM. für 1930 war um rund 200 Mill. RM. überhöht). Somit ist die Einfuhr gegenüber dem Vorjahr um rund 3560 Mill. RM., d. h. um 1/3 zurückgegangen.

Gegenüber 1927, das die bisher höchste Einfuhr aufwies, beträgt die Abnahme sogar mehr als die Hälfte.

Ebenso wie die Verminderung der Einfuhr von 1929 auf 1930 ist auch der Rückgang von 1930 auf 1931 zu einem erheblichen Teil durch die Preissenkungen bei den Einfuhrwaren beeinflusst.

Von der Gesamtverminderung in Höhe von rund 3560 Millionen RM. dürfte

auf die Senkung der Einfuhrpreise ein Betrag von fast 2000 Mill. RM. auf den Rückgang der Einfuhrmengen ein solcher von 1600 Mill. RM. entfallen.

	Ausfuhr			Saldo	Einfuhr						Ausfuhr					
	Gesamt	davon Reparations			Lebde. Tiere	Lebensmittel	Rohst. u. halbfertig. Waren	Fertige Waren	Gold u. Silber	Lebde. Tiere	Lebensmittel	Rohst. u. halbfertig. Waren	Fertige Waren	Gold u. Silber		
in Millionen Reichsmark																
1928 M.-Durchschn.	1217,5	984,3	55,2	- 232,7	12,1	349,0	601,5	204,2	80,5	1,6	51,9	229,1	740,4	2,6		
1929	1165,5	1204,7	66,6	+ 39,2	12,5	318,1	60,4	188,5	46,9	1,8	55,5	214,9	819,4	5,1		
1930	866,1	1004,0	58,9	+ 136,9	9,8	217,4	439,0	149,8	40,9	5,7	40,0	204,1	733,1	45,2		
1931	660,1	799,9	32,7	+ 239,8	4,6	164,1	289,3	102,1	34,7	3,9	29,9	151,1	615,0	118,6		
1930																
November	784,3	931,3	61,2	+ 147,0	11,3	206,8	382,6	133,6	9,0	10,0	33,9	208,1	817,3	40,7		
Dezember	681,3	902,0	51,0	+ 221,5	7,9	192,4	358,7	122,3	41,3	3,8	32,7	116,4	711,0	2,7		
1931																
Januar	717,3	775,0	60,1	+ 59,7	8,0	217,3	376,4	115,6	53,2	2,6	26,9	170,4	575,1	2,3		
Februar	629,3	778,3	45,1	+ 159,0	4,6	171,5	331,4	112,5	53,0	3,5	24,0	139,7	591,1	2,2		
März	581,0	866,8	45,0	+ 282,8	5,6	170,5	297,2	110,7	48,0	4,1	28,7	171,7	662,3	3,2		
April	679,4	818,0	38,3	+ 138,6	4,9	191,6	307,7	115,2	50,7	5,6	32,5	150,9	619,9	2,6		
Mai	599,8	784,4	36,7	+ 183,6	4,9	171,5	310,7	112,7	29,7	6,6	29,6	151,7	592,8	2,6		
Juni	607,3	746,8	33,4	+ 139,5	4,2	166,5	323,5	114,9	41,8	5,3	25,2	150,0	569,4	570,4		
Juli	562,5	827,2	35,9	+ 264,7	2,9	167,4	286,6	105,6	44,8	3,7	31,4	151,0	641,1	441,1		
August	454,3	8 2,6	26,1	+ 348,3	2,5	129,8	243,3	83,7	9,2	3,7	27,6	154,9	616,4	3,4		
September	444,4	805,0	23,2	+ 386,6	4,7	131,4	227,6	84,8	12,2	3,5	32,2	153,0	646,3	78,2		
Oktober	482,8	878,7	12,9	+ 395,9	5,0	158,1	224,6	94,8	36,1	3,6	36,1	148,4	690,6	163,2		
November	424,4	748,7	10,6	+ 306,3	4,6	140,5	248,4	88,9	15,2	3,2	32,7	123,0	578,3	180,1		
Dezember	488,2	739,3	26,4	+ 250,1	3,0	158,1	240,7	86,4	16,5	1,5	31,7	111,5	567,2	3,9		

Verschärfung der Aufbringungsumlage?

Einziehung eines Teiles der Golddiskontbank-Garantie?

Die „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ weist auf Differenzen hin, die zwischen dem Reichsfinanzministerium und den an der Aufbringungsumlage beteiligten Unternehmungen entstanden sind, da eine Reihe von umlagepflichtigen Unternehmungen ausgefallen sind und das Reichsfinanzministerium beabsichtigt, diesen Ausfall durch erhöhte Umlage bei den übrigen Unternehmungen aufzubringen. Von Seiten der beteiligten Unternehmungen wird hiergegen eingewandt, daß sich die Industrie freiwillig bereit erklärt habe, die Aufbringungsumlage weiterbestehen zu lassen, aber unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß der auf die einzelne Firma umgelegte Betrag nicht erhöht werde. Berechnungen haben ergeben, daß auf einzelne große Unternehmungen eine Umlage von bis zu 6 Millionen im Jahre 1932 entfallen würde und daß durch diese schwere Sonderbelastung die Existenz der noch gesunden Unternehmungen gefährdet werde. Das Reichsfinanzministerium müsse unter den geänderten Verhältnissen zur Aufrechterhaltung der Finanzierung der Osthilfe andere Wege ausfindig machen. Weiter wird nach der „V. C.“ die Existenz der großen Unternehmungen dadurch gefährdet, daß beabsichtigt sei, im Februar d. J. 10 Proz. der bekannten der Golddiskontbank zur Verfügung gestellten Garantiesumme einzuziehen. Es wird darauf hingewiesen, daß ein solches Vorgehen der Garantieverordnung vom 8. Juli 1931 widerspreche, nach der die Haftung eintritt, soweit eine Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner ohne Erfolg versucht worden ist oder soweit durch den Ausschluß die Uneinbringlichkeit der Forderung festgestellt sei. Hiervon sei bisher nichts bekannt geworden.

Vorläufiger Abschluß der Berliner Kunstseide-Verhandlungen. Die in den letzten Tagen in Berlin geführten Verhandlungen mit dem Ziel eines Beitritts der französischen Kunstseideproduzenten zum Viscose-Syndikat sind am gestrigen Montag zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Die drei französischen Herren sind nach Paris zurückgereist, um dort ihren Verband von dem Erfolg der Verhandlungen Bericht zu erstatten. Danach sollen die Besprechungen fortgesetzt werden, wobei jedoch der Zeitpunkt und der Verhandlungsort — möglicherweise Paris — noch nicht feststeht. Irgendwelche Angaben über die bereits erzielten Ergebnisse ließen sich vorerst im Interesse der Angelegenheit noch nicht machen, es sei nur soviel zu sagen, daß man bei dem gezeigten beiderseitigen Entgegenkommen in der Quotenfrage durchaus zu der Hoffnung berechtigt sei, daß ein endgültiges Übereinkommen zustande kommen wird.

Abgenommen hat gegenüber dem Vorjahr wert- und mengenmäßig die Einfuhr aller Warengruppen. Weitum am stärksten tritt die Verminderung bei Rohstoffen und Fertigwaren in die Erscheinung.

Die Ausfuhr beträgt im Jahre 1931 9206 Mill. RM. gegen 11 329 Mill. RM. im Vorjahr.

Die Reparations-Sachlieferungen haben sich von 707 Mill. RM. auf 593 Mill. RM. vermindert. Einschließlich der Reparations-Sachlieferungen ergibt sich somit für 1931 eine Gesamtausfuhr von rund 9 600 Mill. RM. gegenüber 12 036 Mill. RM. 1930. Auch der Ausfuhrückgang im Umfang von rund 2400 Mill. RM. ist zum größten Teil die Auswirkung von Preis-senkungen. Gemessen an dem Rückgang des gewogenen Ausfuhrdurchschnittswertes beträgt

der durch den Preisrückgang bedingte Mindererlös in der Ausfuhr etwa 1400 Mill. RM., während sich der mengenmäßig bedingte Rückgang der Ausfuhr nur auf rund 1000 Mill. RM. beläuft.

Von der Verminderung der Ausfuhr sind alle Hauptwarengruppen betroffen. Während dem Wert nach die Ausfuhr von Fertigwaren am wenigsten zurückgegangen ist, hat sie mengenmäßig stärker abgenommen als die Rohstoffe und vor allem die Lebensmittel, die dem Volumen nach sich auf dem Stand des Vorjahres gehalten haben.

Die Handelsbilanz im Jahre 1931 (unter Berücksichtigung der Lagerrechnungen) schließt mit einem Ausfuhrüberschuß von rund 2574 Mill. RM. ab.

Bei Einreichung der Reparations-Sachlieferungen stellt sich dieser auf 2967 Mill. RM. Gegenüber dem Vorjahr, das eine tatsächliche Aktivität von rund 1800 Mill. RM. aufwies, hat der Ausfuhrüberschuß somit um nicht ganz 1200 Mill. RM. zugenommen. Von dieser Zunahme sind etwa 500 bis 600 Mill. RM. auf den im Vergleich zu den Ausfuhrpreisen stärkeren Rückgang der Einfuhrpreise, der fast auf die verhältnismäßig stärkere Schrumpfung der Einfuhrmengen zurückzuführen ist.

Berliner Produkten-Börse

Amliche Preisnotierungen, Berlin 19. I. 1932

Für Getreide u. Oelbäuten 100 kg sonst 100 kg ab. Station, alles 10 Reichsmark		Für Getreide u. Oelbäuten 100 kg sonst 100 kg ab. Station, alles 10 Reichsmark	
Wasserm. m. k.	227-230	Paßschinken	18 00-17 00
Bogenm. m. k.	197-199	Arkerlöhne	14 00-14 00
Gerste	-	Wirkeln	10 00-10 00
Brasserie	160-170	Lammfleisch	10 00-12 00
Futtergerste	186-190	Lammfleisch	14 00-15 00
Wasserm. m. k.	136-144	Seantelle	22 00-23 00
Haf, adk.	-	Saukräuter	-
Haf, sauer	-	Leinöl	11 00-12 00
Wasserm. m. k. Berlin	27 00-31 25	Erdöl	12 00
Wasserm. m. k. Berlin	27 00-29 25	Erdöl	12 00
Wasserm. m. k. Berlin	9 00-10 00	Erdöl	12 00
Wasserm. m. k. Berlin	9 00-10 00	Erdöl	12 00
Wasserm. m. k. Berlin	21 00-27 00	Erdöl	12 00
Wasserm. m. k. Berlin	21 00-23 00	Erdöl	12 00
Wasserm. m. k. Berlin	21 00-23 00	Erdöl	12 00

Metall-Börse

Notierungen der Vereinigungen für die deutsche Elektrolytkupferwerke

(100 kg in Goldmark)		19. I.	
Elektr. Kupfer (wirebars) prompt del.		70,78	71,00
Hamburg, Bremen, Rotterdam			

Notierungen der Berliner Metall-Börse

Originaltitelmaterialien 99,99 Proz. in		19. I.	
Isal gekohlt Blöcke	160,00	160,00	160,00
Isal gekohlt Blöcke	164,00	164,00	164,00
Isal in Walz- und Drahtform	350,00	350,00	350,00
Antimon-Regulus	80,00-82,00	80,00-82,00	80,00-82,00
Felnsilber	41,25-44,00	42 00-44 25	

Berliner Devisen-Kurse

Einkauf		19. I.		19. I.	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen	Gold
London	100 Pfd	1.042	1.047	1.048	1.052
Paris	100 Frs	2.878	2.884	2.886	2.892
Brüssel	100 Frs	1.648	1.652	1.656	1.672
Kairo	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Bombay	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Calcutta	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Madras	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Batavia	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Sourabaya	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Manila	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Cebu	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Hankow	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Peking	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Tientsin	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Harbin	100 Pfd	14,81	14,81	14,81	14,81
Wien	100 Sch.	14,81	14,81	14,81	14,81

Dank der Fuldaer Bischofskonferenz

Schreiben an den Papst anlässlich der Heiligsprechung des seligen Albertus Magnus

Im Auftrage der Fuldaer Bischofskonferenz hat deren Vorsitzender Kardinal Vertram aus Anlaß der Heiligsprechung des seligen Albertus Magnus folgendes Dankschreiben an den Heiligen Vater gerichtet:
Mit freudiger, herzlicher Freude haben die in den Fuldaer Konferenzen alljährlich vereinigten Bischöfe Deutschlands das Dekretal-Schreiben Eurer Heiligkeit vom 16. Dezember 1931 erhalten...

Heiligkeit, wie wunderbar im Systeme des „Doctor Universalis“ Eintracht zwischen der übernatürlichen Offenbarung und den Erkenntnissen der natürlichen Vernunft herrscht: eine Harmonie, die allein dem forschenden Geiste Befriedigung zu verleihen vermag. Schließlich jener glückliche methodische Weg, auf dem die Disziplinen der philosophia perennis die Geistesarbeit der Studierenden zum richtigen Verständnis der großartigen Wahrheit hinzuleiten wollen.
Wenden wir dann den Blick auf die Gefahren, die besonders in der modernen Zeit der Sittlichkeit der Studierenden Jugend drohen, so begrüßen wir in Eurer Heiligkeit Schreiben jene kraftvollen Worte, die der Studierenden Jugend zum Bewußtsein bringen, welche Stärke mannhafter Schaffenskraft sich ihnen erschließt durch die Übung der katholischen Religiosität, wo immer mit lebhaftem Studieninteresse Teilnahme des Lebens und Wachstums in Tugenden sich verbindet.
Das alles, was in Eurer Heiligkeit Schreiben mit höchster Autorität lichtvoll dargelegt und der Christenheit verkündet ist, wird zweifellos den Lehrern der Studierenden Jugend ein Ansporn sein, dem Vorbilde des großen Kirchenlehrers nachzuempfehlen, auf daß die Jugend in der Zeit ihrer Studien auf sicherem Wege voranschreiten und hernach ihrem Beruf im Leben der menschlichen Gesellschaft mit bestem Erfolge dienen könne.
Uns aber obliegt es, Eurer Heiligkeit von Herzen und feierlich Dank zu sagen für dieses herrliche, besonders den Vätern Deutschlands gewidmete Geschenk. Uns obliegt es, dahin zu arbeiten und zum Vater des Lichtes darum zu beten, daß die Mahnungen des verehrungswürdigen Dokumentes Eurer Heiligkeit bei den uns anvertrauten Gläubigen erfolgreich verwirklicht werden.
Möge Eure Heiligkeit diese ehrerbietige Kundgebung unserer Empfindungen huldvoll aufnehmen; darum bitte ich ehrerbietig im Namen aller in den Fuldaer Konferenzen vereinigten Oberhirten.
Breslau, den 15. Januar 1932.
H. Card. Vertram,
Erzbischof von Breslau.

Schulung der katholischen Mutter

Im Diözesanverband der kath. Frauen- und Müttervereine im Bistum Meißen.

Im Laufe des Monats Januar finden an 14 verschiedenen Orten unseres Bistums Vorträge einer Lioba-Schwester aus Freiburg bzw. deren Mitarbeiterin statt. Über Fragen, die das Leben unserer katholischen Frauen und Mütter zutiefst betreffen. Die Einrichtung dieser Vorträge verdankt die katholische Frauenwelt unseres Bistums der ureigensten Initiative Sr. Excellenz unseres hochwürdigsten Herrn Bischofs, der uns in Schwester Lioba Korte in dankenswerter Weise eine ausgezeichnete Kraft vermittelt hat.
Die Themen lauten: „Mutter und Gegenwartsaufgaben“; „Unsere Auffassung vom Muttersein“; „Die Erziehung des Kleinkindes“; „Familien- und Heimgestaltung im Geiste der Kirche“
Die Vorträge erfreuten sich bisher in allen Orten eines von Tag zu Tag wachsenden Interesses. Möchte unsere katholische Frauenwelt an den Orten, wo die Vorträge noch bevorstehen, denselben gleich vom ersten Tag an das ihnen gebührende Interesse entgegenbringen!
So finden noch Vorträge statt: vom 20.-22. Januar in Plauen i. V.; vom 24.-26. Januar in Chemnitz und Ostritz; vom 27.-29. Januar in Freital und Seibitzdorf (Seibitzdorf bis 28. Januar); vom 31. Januar bis 2. Februar in Bahren und Bischofswerda (Bischofswerda am 1. Februar); vom 3.-5. Februar in Dresden und Röhlsendroba.
An den größeren Orten wird zudem eine Konferenz der führenden Persönlichkeiten im Leben unserer Frauenwelt angestrebt zur Besprechung von Organisationsfragen. In Leipzig hat bereits eine solche mit gutem Erfolg stattgefunden.

Der spanische Klostersturm vom 11. Mai

Am 10. Januar hielt Miguel Maura, der frühere Innenminister, in Madrid eine sehr beachtete Rede, worin er Einzelheiten über die Vorgänge vor dem Klostersturm mitteilte. Wie man weiß, begannen die Unruhen mit einem Angriff auf die Redaktion des monarchischen „ABC“. „Ich sagte meinen Kollegen (im Ministerrat) daß es notwendig sei, die Polizei voranzutreiben. Einige antworteten mir, daß sie nicht für opportun hielten. Die ganze Nacht blieb ich in meinem Amtszimmer und hörte die Schreie der Wachen, die meine Abfertigung forderten. Um 3 Uhr morgens kam eine Kommission des Senats mit einigen Beschlüssen, die sie einem der Minister übergab. Hier verlangte man nicht nur meine Abfertigung, sondern auch die Entlassung der Polizei. Die Kommission bat ihn um die Erlaubnis, diese Beschlüsse von meinem Ministerium aus vorlesen zu dürfen, und erhielt sie. Wer mich kennt, versteht die Anstrengung, die es mich kostete, diese Beschlüsse mit Geduld vorlesen zu hören. Die ganze Nacht verbrachten ich und meine Kollegen in einem beständigen Kampfe, da ich unter jeder Bedingung die Polizei aufzumarschieren lassen wollte. Am Morgen wurde der Platz eines kleinen Zwischenfalls wegen sofort geräumt. Zwei Anwesende waren in Streit geraten, man hörte zwei Schüsse, und sofort floh die Menge auseinander. Meine Kollegen waren nicht meiner Meinung, und als ich sie bat, mich zu ernähigen, am Morgen die Polizei durch die Straßen patrouillieren zu lassen, verneinten sie es rundweg. Wenige Stunden später erfüllten sich meine Befürchtungen: Der Generalstreik wurde erklärt. Um 10 Uhr versammelten wir uns wieder und ich erneuerte das Ersuchen, es sei unbedingt notwendig, mit Gewalt vorzugehen. Unkosten. Mittags kam die Nachricht, daß das Kolleg der Jesuiten brenne. Wiederholtes Ersuchen, das ein Minister damit beantwortete, daß er sagte: „Alle Klöster Spaniens seien nicht sozial wert, als das Leben eines Republikaners. Wenn die Polizei marschierte, bitte er um seine Entlassung. Fast alle stimmten dem zu. Da hat ich um meine Entlassung, die aber nicht angenommen wurde.“

Neue Kirchenverfolgung in Mexiko?

Alarmierende Nachrichten

Die vierhundertjährige Feier der berühmten Muttergottes von Guadalupe ist für das seit Jahren unter so traurigen Umständen lebende mexikanische Volk ein Anlaß zu Kundgebungen des Glaubens geworden. Hunderttausende von Katholiken pilgerten zum Wallfahrtsort, um für ihr Vaterland die Rückkehr des Friedens und der religiösen Freiheit zu erbitten. Die Feiern wurden aber leider wieder, wie der „Oferatore Romano“ berichtet, für die antiklerikalen Parteien ein Anstoß zu einer erneuten antiklerikalen Kampagne. Sowohl in der Presse wie im Parlament kam es zu heftigen Angriffen auf Regierungsmitglieder. Wegen der politischen Einfuhr der aus Deutschland kommenden Orgel für die Muttergottes-Basilika wurden dem Finanzminister heftige Vorwürfe gemacht, ohne zu bedenken, daß bei den Eigentumsansprüchen, die die Regierung auf diese Basilika erhebt, ein Einfluß auf das Eigentum des Staates widersinnig gewesen wäre. Ebenso wurden Stimmen laut gegen die staatlichen Eisenbahnen, weil sie den vierzigjährigen Fahrpreiserhöhungen zustimmten, obgleich diese vermuthlich kaum aus religiösen Rücksichten gewährt wurden. Der „Oferatore Romano“ glaubt aus der Lage folgern zu können, daß die vielfachen Angriffe der Vertreter der extremistischen Parteien auf eine Abkehr der gegenwärtigen Regierung hindeuten, in der Hoffnung, sie Ver-

hülligkeiten in die Hände zu legen, die entschieden den rettenden Kampf und die völlige Entchristlichung des unglücklichen Mexiko betreiben.
Welche Ziele diese Extremisten anstreben, dürfte einermahnen unklar sein, nachdem die letzten Nachrichten aus Mexiko von erneuten Prüfungen für die Gläubigen des Landes berichten. So hat z. B. das Parlament der Republik Mexiko aus eigenem Antrieb in diesen Tagen ein Gesetz angenommen, demgemäß für die Stadt Mexiko und Umgebung mit ihren 1 300 000 Einwohnern nicht mehr als 25 Kirchen zugelassen werden. Die übrigen mehr als 200 Gotteshäuser dürfen nur dann offen bleiben, wenn sich Komitees zur Übernahme ihrer Verwaltung bilden. Des weiteren wurde bestimmt, daß nur 25 von der Regierung selbst gewählte mexikanische Priester sich mit der Seelsorge befassen dürfen. Ausschließlich in den ihnen zugewiesenen Kirchen dürfen diese Priester den Gottesdienst ausüben. Alle Kirchen, in denen ausländische Priester der Seelsorge für fremde Staatsangehörige obliegen konnten, müssen geschlossen werden. De facto ist also die Glaubens- und Gewissensfreiheit sehr eingeschränkt.
Da die Regierung mit Recht Unruhen befürchtet, ist der Presse die Behandlung religiöser Fragen aufs strengste untersagt. Die Lage spricht sich immer mehr zu, zumal nachdem der Erzbischof von Mexiko, seiner Pflicht entsprechend, nicht nur gegen das obige Gesetz protestierte, sondern seinen Briefern

Die Eingeborenen-Politik der katholischen Kirche

Nachdem das Internationale Arbeitsamt in seinem kürzlich erschienenen „Internationalen Jahrbuch für Sozialpolitik“ sehr ausführlich von der sozialen Arbeit der katholischen Kirche in den europäischen Kulturländern gesprochen hat, geht es anschließend auch auf die Missionstätigkeit des Heiligen Vaters ein.
Bereits zu Beginn seines Pontifikats erinnerte Pius XI. daran, daß zwischen europäischen Missionaren und eingeborenen Priestern kein Unterschied und kein Abstand, sondern nur ein gemeinsamer Glaube und eine gemeinsame Liebe herrschen darf. „Indem er die außerordentliche Langsamkeit“ des Vorgehens bei der Zurückgewinnung der zurückgebliebenen Völker auf die Ungunst ihrer Lebensverhältnisse zurückführt, vertritt der Papst die geistliche Gleichheit der ferneren Völker der nördlichen und südlichen Regionen“. Dieser Auffassung getreu, ernannte Pius XI. eine Reihe eingeborener Priester zu Bischöfen und Apostolischen Vikaren in den Missionsgebieten. Es handelt sich also in erster Linie um eine Frage der Erziehung. In dieser Hinsicht spendete der Papst den Bemühungen des Internationalen Instituts für das Studium der afrikanischen Sprache und Kulturen seine warmste Anerkennung.
Auch die letzte Soziale Woche in Marseille widmete der Förderung der zurückgebliebenen Völkern eine lange Reihe von Untersuchungen, in denen sie die Hauptgrundzüge des sozialen Programms der Internationalen Katholischen Bewegung für soziale Arbeit aufgriff und weiterentwickelte. Das anerkannteste Schreiben, das der Kardinal-Staatssekretär im Namen des Papstes an die Soziale Woche richtete, wies ausdrücklich auf die Schwierigkeiten hin, denen die Kolonisation, bei der sich die so verschiedenen Kulturen der fremden Völker und der Eingeborenen in gemeinsamer Arbeit entschlüsseln, zu begegnen droht. Kardinal Facelli, daß den Missionaren nicht wenig darauf ankomme, daß die soziale Lage der Eingeborenen nicht „durch Mißbräuche aller Art, durch Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und Verwilder-

rung der Sitten herabgedrückt oder gar verchristlicht werde.“
In ihren Schlussfolgerungen erkennt die Soziale Woche zu Marseille die Berechtigung des Kolonialinteresses grundsätzlich an, spricht aber für die Eingeborenen wie für die neuen Anwohner eine wechselseitige Pflicht der Zusammenarbeit aus: „Besonders der kolonisierende Staat muß die Regierungsgewalt zum Wohle der ihm Untertanen, im vorliegenden Falle der Eingeborenen, führen, indem er das Wohl der ganzen menschlichen Gesellschaft im Auge hat, wobei er als Einzeltat für die übernommenen Vollen wohl einen besonderen Gewinn für sich selbst erwarten darf.“
Ohne auf die ausgesprochen politischen Teile des Programms einzugehen, weist das Internationale Arbeitsamt auf die sozialen Reformen hin, für die die Soziale Woche, ebenso wie Kardinal Facelli, die Hilfe der Missionare erbittet. Bewusstheit durch das Anwerben eines farbigen Profetariats infolge der Verwendung eingeborener Arbeitskräfte, verlangen die Teilnehmer an der Sozialen Woche, daß die Kolonialmächte durch eine lokale Politik der Zusammenarbeit den Beweis erbringen, daß sie die Eingeborenen, die sie unter ihren Schutz genommen haben, den physischen und moralischen Ursachen der Entartung zu entziehen vermögen, besonders durch Aufstellung rechtlicher Normen über die Arbeitsbedingungen und deren Durchführung mit Unterstützung der zeitlich verfügbaren Hilfskräfte: der Verwaltungsbeamten, Anseher, Missionare, sowie der eingeborenen Arbeiter selbst; als anschauliches Beispiel dessen, was sich im Geiste der Caritas „Rerum novarum“ wirklich erreichen läßt, führt die Woche den Entwurf des Internationalen Übereinkommens über die Zwangsarbeit an.
In diesem Sinne hat die Katholische Union für internationale Studien mit Unterstützung der Vertreter mehrerer internationaler Verbände den Präsidenten der 11. Internationalen Arbeitskonferenz eine zweite Denkschrift über die Zwangsarbeit überreicht, in der gewisse Wünsche und Anregungen ausgesprochen und das Borgehen des Internationalen Arbeitsamtes von zahlreichen Persönlichkeiten des Missionsberufes warm begrüßt wurde. Unter demselben Gesichtspunkte befürwortete ein Vertreterstab des ersten Kongresses der Katholischen Akademischen Vereinigung für Unternehmungen der Missionen in Rom im März 1930 eine ähnliche

Politik, die auch nach der Abschaffung der Sklaverei und der Zwangsarbeit den farbigen Arbeitnehmern den Schutz des Gesetzes zuteil werden ließe und die eingeborene Arbeiterschaft zu wahrhaft menschenwürdigen Zielen hinführen würde. In derselben Ideenordnung wurden verschiedene Studien über die sozialen Einrichtungen und die Wohlfahrtspläne in den Kolonien vorgelegt. Sie behandelten u. a. die Studiengemeinschaften für Kolonialfragen, die Ausbildung der künftigen Kolonisten und die Aufgaben der Kolonialfrauen. Gemeinsam mit den bereits bestehenden Einrichtungen und in enger Fühlung mit dem Internationalen Arbeitsamt beschloß die Katholische Akademische Vereinigung die Gründung eines Sozialen Sekretariats. Dieses soll dazu dienen, Auffklärung über die Organisation der sozialen Einrichtungen in den Kolonien zu verbreiten, die öffentliche Meinung im Mutterlande aufzuklären und den künftigen Kolonisten die nötige Schulung zu vermitteln.
Die Missionswissenschaftliche Woche in Wien der Internationalen Akademischen Konferenz für Missionsfragen in Raibach, sowie die Kurse, welche das Katholische Institut zu Velle für die ausziehenden Missionare veranstaltete, haben wenigstens in dem einen oder anderen Vortrag, die Aufmerksamkeit der katholischen Welt auf die soziale Krise in den Ländern ihrer künftigen Wirkamkeit und auf die höher entwickelten Kräfte der eingeborenen Völkerschaft hingelenkt. Auf ihrem eigenen Arbeitsgebiete haben die Missionare an Hand praktischer Erfahrungen und unter Rücksichtnahme auf die Fähigkeiten der eingeborenen Völkerschaften versucht, den Grund zu einem technischen Unterricht, in Zusammenhängen für wirtschaftliche Zwecke (Sparbüchlein, Genossenschaften usw.), bisweilen selbst zu einer beruflichen Organisation zu legen.
Im Jahre 1921 veranstaltete der Leiter der Landwirtschaftsschule für Eingeborene zu Mariannhill (Natal) soziale Lehrgänge für die Schwarzen. Mit dieser Vorbildung und mit Unterstützung der Konferenz der Apostolischen Vikare und Präfecten von Südafrika (Kimberley, Juni 1927) gründeten die Eingeborenen die Afrikanische Katholische Union, die sich hauptsächlich die Pflege des geistigen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen, industriellen und hygienischen Fortschritts der schwarzen Rasse, bei voller Einmütigkeit

Krisenzeichen des Exports

Die Bilanz für das Jahr 1931 ergibt eine Aktivität der deutschen Handelsbilanz von mehr als 1 1/2 Milliarden Mark, gleichzeitig eine günstige Steigerung des gesamten Exportverhältnisses. Die deutsche Industrie hat geradezu übermenschliche Anstrengungen unternommen, um sich angesichts der zunehmenden Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes im Auslande Arbeitsgelegenheiten zu beschaffen. Eine Schiffsalawende trat aber bereits ein, als in London das Pfund zu sinken begann. Die Konkurrenz Englands wurde immer empfindlicher und der englische Vorstoß auf dem Weltmarkt immer härter. Bis zum Oktober zeigt Ausfuhr und Ausfuhrüberschuss ein fast ununterbrochenes Wachstum. Der November brachte dann den lang erwarteten Rückschlag. Der Dezember hielt sich auf dem tiefen Niveau des Vormonats.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß für die nächste Zeit die Lage Deutschlands auf den Weltmärkten sich bessert. Das Reichswirtschaftsministerium und das Forschungsinstitut für Konjunkturbeobachtungen rechnen mit der Möglichkeit, daß der deutsche Exportüberschuss im laufenden Jahre bis auf 50 Prozent herabgedrückt wird, wenn nicht die schwebenden Verhandlungen über die allgemeine Weltbegünstigung oder Vorzugsverträge mit einzelnen Ländern zu greifbaren Ergebnissen führen. In der Zwischenzeit hat sich auch das Geschäft mit Rußland immer mehr verflüchtigt. Finanzielle Schwierigkeiten gehen dabei den Ausschlag. Die deutschen Firmen können den Russen angesichts der inländischen Kapitalarmut nicht dieselben günstigen Bedingungen bieten wie das Ausland.

Sollte es nun wirklich dazu kommen, daß unsere Ausfuhr weiter gedrosselt wird, dann müssen wir mit einer noch weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit rechnen. Es ist höchste Zeit, daß wenigstens die Stillhalterverhandlungen zu einem konkreteren Ergebnis führen, damit die vorliegenden Aufträge ausgeführt werden können. Der Brennpunkt der Exportfrage liegt in der Marktstabilisierung. Würde Deutschland sich dazu verstehen, die Welt in ihrem Auslandsvertrieb herabzusetzen, so würde das zweifelslos eine Belebung des Exportgeschäftes bedeuten. Doch wären solche Maßnahmen verhängnisvoll für den Inlandsmarkt und für die deutsche Kapitalwirtschaft. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die deutsche Regierung auf die Marktstabilisierung nach wie vor ihre gesamte Aufmerksamkeit richtet und Einflüssen, die eine abermalige Inflation herbeiführen wollen, den entschiedensten Widerstand entgegensetzt.

Dresden und Umgebung

Der neue Rektor der Technischen Hochschule

Dresden, 20. Januar. Der Senat der Technischen Hochschule hat, wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz von unternommener Seite erzählt, zum Rektor fürs Rektoratsjahr 1932/33 Professor Dr. Reuter gewählt. Der neue Rektor ist am 20. Oktober 1880 in Weiskalen geboren, studierte an der Dresdner Technischen Hochschule Geschichte der Baukunst, war lange Jahre bei Ausgrabungen in Griechenland und in Babylon beschäftigt und wurde 1920 als Studiengaler des Geheimrats Cornelius Gurlitt zum Professor für Geschichte der Baukunst und zum Leiter der Sammlung für Baukunst ernannt. Er hat sich sowohl durch seine Ausgrabungen als auch durch seine Lehrtätigkeit einen Namen gemacht.

Erste Dresdner Schwurgerichtstagung. Unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Lehmann beginnt die erste diesjährige Schwurgerichtstagung am 21. Januar. Von den sieben Verhandlungen sind nicht weniger als sechs Reineidssfälle. Die wichtigste Verhandlung ist die am 29. Januar beginnende, bei der es sich um die Aufklärung des Totschlages an dem Weichsbaumermann Wolf in Riesa handelt.

Chesepfleglerfarm in der Dresdner Heide? In der Nähe der Heidemühle soll durch den Dresdner Edelpfleglerverein eine große Musterfarm eingerichtet werden, in der zunächst an hundert Tiere unterkunft finden werden.

Schwere Verkehrsunfälle. Eine Pirnaische Straße und Rennstraße wurde am Montagvormittag ein 31 Jahre alter in Dresden wohnhafter Tischlermeister, der auf seinem Motorrad fuhr, von einem Kraftwagen angefahren und etwa 15 Meter weit mitgeschleift. Mit einem Oberschenkelbruch und anderen erheblichen Verletzungen wurde er ins Krankenhaus gebracht. Am Montagmittag wurde auf der Ballhausstraße ein Straßenpassant beim Ueberqueren der Straße von einem Straßenbahnwagen angefahren. Mit anscheinend schweren inneren Verletzungen wurde der Mann aufgehoben und ins Krankenhaus geschafft.

Im Postgebiet tödlich abgestürzt. Beim Klettern im Postgebiet ist am Sonntag ein junger Mann aus Dresden tödlich abgestürzt. Er trug schwere innere und äußere Verletzungen davon, denen er am Montag erlag.

zwischen Santos und Europäern, zum Ziele führt. In einem Bericht des dritten Kongresses von Durban (1930) werden die Ergebnisse aufgeführt, die mit der Werbetätigkeit zur Werbung des Sparflusses erzielt wurden. Einer der leitenden Männer der Bewegung begab sich mit Hilfe der Carnegie-Stiftung nach den Vereinigten Staaten, um daselbst die wirtschaftlichen Einrichtungen der größeren Regier-Städte zu studieren.

Wem es nicht in diesem Vertreter nicht entgegen, welche gewaltige Entwicklung die von katholischer Seite unternommene Tätigkeit zugunsten der Regier in letzter Zeit genommen hat. Unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Baltimore hat sich eine Vereinigung von Angehörigen der farbigen Rassen gebildet, die auf ihrer 6. Jahrestagung zu Detroit ein Programm ihrer Forderungen aufgestellt hat: Heiligung des Menschenlebens, Gewährung der unbeschränkten Bürgerrechte, Gleichstellung mit den Glaubensgenossen bei der Zulassung zu den Kirchen, Schulen, Universitäten und allen Berufen, Ermöglichung einer anständigen Lebensführung ohne Unterschied der Rassen.

Der ersten Frage der in der Industrie kollektiven ... es handelt sich um ein Jährtel sämtlicher Arbeitnehmer der Vereinigten Staaten — hat auch die soziale Sektion der Nationalen Katholischen Wohlfahrts-Konferenz einen ganzen Tag ihres Kongresses gewidmet. Dies war um so notwendiger, als der Klassenhaß der Schwarzen noch mehr als die Weissen unter der Krise des Arbeitsmarktes leiden läßt. Der Direktor des schwarzen Personals (12 000 Personen) der Fordwerke forderte, indem er das Unrecht, das die Arbeitgeber bei der Auswahl ihres Personals gegenüber der schwarzen Rasse begehen, durchaus anerkannte, die schwarzen Arbeiter auf, sich mit ihrer Aufgabe besser vertraut zu machen und sich um eine Steigerung ihrer Arbeitsleistung zu bemühen. Ein farbiger Redner klagte über den Mangel an Arbeitsgelegenheit für gelernte schwarze Arbeiter, stellte aber trotzdem fest, daß man bereits eine gute Weisheit vorangekommen sei. Er schlug vor, geküßt auf die Erfahrungen der weißen Bevölkerung, man möge auch in den Regierparteien Billalen der Waffarkreditunion begründen. Vor allem aber kommt es darauf an, daß in Zukunft allen Bürgern des Landes die gleichen wirtschaftlichen Rechte gewährt werden. Dr. Wilhelm Wolf, Berlin.

Neue drakonische Sparmaßnahmen.

Das Johannstädter Krankenhaus wird ab 1. April geschlossen

Dresden, 20. Januar.

Von der Stadthauptkanzlei wird mitgeteilt:

Im Hinblick auf die Tatsache, daß die städtischen Krankenhäuser schon seit längerer Zeit mit noch nicht 60 Prozent ihrer Belegungsmöglichkeit besetzt sind, beschloß der Rat, vor Verringerung des Aufwands für das Krankenhaus das Krankenhaus Johannstadt ab 1. April bis auf weiteres zu schließen. — Die jährlich hierdurch erzielte Ersparnis wird mit 1,1 Millionen angenommen.

Weitere Sparmaßnahmen des Rates

Der Rat beschloß weiter in seiner letzten Sitzung, aus Ersparnisgründen das Ortsgesetz über die örtlichen Verwaltungsausschüsse vom 16. Februar 1928 aufzuheben. Damit wird die Einrichtung der Verwaltungsausschüsse außer Kraft gesetzt, die seinerzeit im Zusammenhang mit den Eingemeindungen 1921 geschaffen wurde.

Aus Ersparnisgründen wird die Schließung des städtischen Lehrlingsheimes Jägerstraße 34 beschlossen. Die dort untergebrachten Lehrlinge werden hinfällig vom Verein Lehrlingsheim betreut. — Auf ein Ersuchen der Stadtverordneten, die Berufsschulen zur Vermeidung der Verletzung von Lehr-

kräften weiter auszubauen, erklärte sich der Rat bei der gegenwärtigen Finanzlage und im Hinblick auf die städtische Notwendigkeit nicht in der Lage, beim Volkshochschulministerium auf einen solchen Ausbau des Berufsschulwesens hinzuwirken. Weiter kann auch die von den Stadtverordneten gewünschte Bereitstellung von Mitteln zu unentgeltlichen Besuchen des Zoologischen Gartens durch unbemittelte Schulkinder und zu freier Straßenbahnfahrt hierzu gegenwärtig nicht erfolgen. Auf ein Ersuchen der Stadtverordneten, die Schulheizung nicht zu beschneiden und bereits getroffene Maßnahmen rückgängig zu machen, ist mitzuteilen, daß durch die neuen Bedienungsvorchriften für die Heiz- und Lüftanlagen der städtischen Schulen nach dem Gutachten des Stadtbezirksarztes und des Stadtschularztes zu niedrigen Temperaturen in den Klassenräumen nicht zu beschneiden sind.

Einem Wunsch der Stadtverordneten, bei der Kreishepmanngschaft die Rücknahme der Beschränkung in der Erholungsfürsorge zu erwirken, kann nicht entsprochen werden, da das Finanzamt sich außerstande erklärt, Mittel zur Ausdehnung der Erholungsfürsorge zur Verfügung zu stellen. Aus gleichem Grunde muß die von den Stadtverordneten beantragte Gewährung gehobener Fürsorge für die ledigen alleinlebenden Wohlfahrtserwerblosen bei länger als 13wöchiger Erwerbslosigkeit unterbleiben.

NSDAP. und Literatur

Herr Josef Goebbels ist nicht nur nationalsozialistischer Wanderredner und Reichstagsabgeordneter, sondern auch Dichter. In dieser Eigenschaft hat er ein Zeitstück „Der Wandprediger“ geschrieben, das am Sonntagabend im Gewerbehause Dresden von der Nationalsozialistischen Gaufraktion Dresden aufgeführt worden ist. Ueber den Inhalt dieses Stückes schreiben die Dresdner Nachrichten (denen doch gewiß kein Neusch Vorwurfsgegenstand gegenüber den Nationalsozialisten vorwerfen kann):

„Das erste Bild läßt einen Blick in die Wohnung eines jungen arbeitlosen Proletariatspaars tun, dessen Kind soeben buchstäblich verhungert ist. Im zweiten Bilde wird ein junger Priester, der ein Christentum der „Tat“ predigt und an der Kirche Kritik zu üben wagt, gemahregelt. Im dritten Bilde läßt ein brutaler Jochenkapitän auf die Arbeiter, die ihn um gerechte Arbeitsbedingungen vergeblich bitten, und die in ihrer Not die geschlossene Fabrik zu stürmen versuchen, durch die Schutzpolizei und seine Kanoniere schießen. Jochen Tote und zwölf Schwerverletzte verkündet der Generaldirektor seinem Herrn. Das Bild, das sich von den Karikaturen der Linken auf das Unternehmertum kaum unterscheidet, wird in seinem Klassenkampferischen Sinn durch das nächste Bild nur wenig gemildert. Hier benutzt der Börsenspekulant die Unruhen, um zu einem Spottpreis die Aktien der Jochen aufzukaufen. Der Jochenkapitän ist unterdessen von den Arbeitern erschlagen worden. Im nächsten Bilde soll die Behauptung und fittliche Verworrenheit der kapitalistischen Gesellschaft dargelegt werden. Schließlich wird noch das enoistische Treiben sogenannter Arbeiterführer charakterisiert, denen die bereits zweifelnden Massen nur zur Erlangung von ausschließlichen Posten dienen. Im Bild Nr. 6 verlornt der Jochen geblühte bürokratische Minister mit Hilfe der Wehrmacht die Diktatur auszurufen. Aber der Ausbruch der sozialen Revolution hindert ihn daran. Im letzten Bilde triumphiert über diese Welt, die im Chaos verfallen, der Tod.“

Triumph des Todes als Abschluß eines nationalsozialistischen Zeitstückes — das scheint uns gar nicht so unpassend. Im übrigen aber ist die Uebereinstimmung zwischen der „Dichtung“ des Herrn Goebbels und den Tendenzen-Dramen der Linken ein wenig auffallend. Nationalsozialismus und Bolschewismus scheinen auch auf dem Felde der Literatur nicht allzuweit voneinander entfernt zu sein.

Der „Matin“, die bekannte Pariser Morgenzeitung, bringt unter ihren Illustrationen auch Karikaturen und Scherzblätter, wie das ja auch eine Reihe deutscher Zeitungen tun. Daß bei Karikaturen leicht die Grenze des guten Geschmacks verlegt

wird, ist bekannt. So „lirt“ denn die Neujahrsausgabe des „Matin“ ein Spottbild, das die Ausfahrt der Diplomaten zum Neujahrsempfang beim französischen Präsidenten zeigt; der deutsche Botschafter kommt dabei sehrumpft auf einer Karre an. Diese Verpötlung des deutschen Notstandes ist freilich rechtlich tauglos; wir möchten aber nicht behaupten, daß deutsche Karikaturen auf die gotthardische Marianne, die „Mirtin zum goldenen Kästchen“ usw. die wir in deutschen Blättern während der letzten Wochen gesehen haben, sehr viel tauglicher wären. Der nationalsozialistische Freiheitkampf — der selbst wiederholt abstoßend widerwärtige Karikaturen auf das Zentrum und andere Parteien gebracht hat — verbricht zu diesem Spottbild des „Matin“ folgenden Kommentar:

„Deutsches Volk, bist du schon soweit gekommen, daß du diese Schmach lautlos hinnimmst? Es ist kein Wunder, daß der Franzose etwas Derartiges wagen kann, einem Volke gegenüber, an dessen Spitze eine Regierung steht, die sich schon jetzt wieder vorbereitet, das Diktat der anderen in Lausanne entgegenzunehmen. Was würde eine andere Nation tun, der solche Schmach zugefügt wird? Wenn sie schon nichts gegen die Regierung des betreffenden Landes unternimmt, so ist es mindestens eine Selbstverständlichkeit, daß in einem Lande mit Rücksicht der „Matin“ innerhalb der Landesgrenzen auf längere Zeit hinaus verboten wird und wir sind überzeugt, daß der rühmlichst bekannte Herr Sauerwein sich durch eine solche Verflechtung unendlich gemacht hätte und daß ihm für alle Zukunft die Einreisefreiheit verweigert wird.“

Das nationalsozialistische Blatt bemittelt also die Tatsache, daß eine französische Zeitung Deutschland gegenüber tauglos gehandelt hat, um die deutsche Regierung in viel tauglicherer, denn benutzt wahrheitswidriger Weise zu beschimpfen. Vor aller Welt hat der Reichshandler erklärt, daß Deutschland keine weiteren Reparationen zahlen kann. Trotzdem unterließ die Freiheitshandlung dem Kanzler die gegenteilige Absicht. Neben dieser Art von Polemik erscheint die schmerzhafte Satire des „Matin“ geradezu als hochanständig.

Im übrigen könnte man auch in der Redaktion des Freiheitshampfes gemerkt haben, daß Herr Sauerwein, der hauptsächlich hier so genannt wird, als wäre er für die Karikatur im „Matin“ verantwortlich, kürzlich aus der Redaktion des „Matin“ ausgeschieden ist. Die Vergeltungsmaßnahmen, die der Freiheitshampf vorschlägt, würden für den „Matin“ eine ganz unverdiente Bekehrung bedeuten. Nach Spanien schickt man nicht mit Kanonenhülsen. Ein solches Vorgehen gegen Uebertritt der politischen Satire war bisher in Ländern wie Polen, Tschechoslowakei usw. üblich. Uns auf den Ausbau dieser Länder zu bringen, scheint eines der Ziele der literarischen Bemühungen der NSDAP. zu sein.

Aus den Konzertsälen

Künstlerhaus. „Zwei Stunden Lachen bei zwei Lieblingen der Wiener auf zwei humoristischen Klängen des Gelanges“ so wurde die Erwartung der Dresdner Konzertsaalbesucher für den „Heiteren Abend“ des Wiener Rundfunkhumoristen Hermann Leopoldi mit seiner Partnerin Betta Miliska ja begrüßt. Und man muß bestaunen, daß das Publikum aus dem Lachen nicht herauskam. Es bedurfte nicht erst einer Reihe humoristischer Takte auf dem Klavier, auch nicht erst einer gewissen Dosis zur Erweiterung nötiger Textpartien, sondern bereits mit dem Betreten des Bobiums hatte Hermann Leopoldi den in bedingender Fülle vollbesetzten Saal in ausgelassene Stimmung versetzt. Ob er nun die „Abrüstungshonorenz in Genf“, den „Karlsbader Strudel“, eine „Blüchliche Ehe“, „Die moderne Wohnung“ mit zwerchfellerschütternder Wirkung satirisch und humorvoll beleuchtete, ob er den Wiener Rundfunk kopierte, gleichviel, er wagt zu riskieren, wie man sie selten hört. Dabei ist er musikalisch sicher und gemandt, vertritt in einer Imitation eines Czardas auf Zimbal eine außerordentlich pianistische Fertigkeit und findet geschickt und charakteristisch die Boutpourri-Unterhaltung mit Schlagern und bekannten Musikweisen zu seinen Texten. Ihn ebenbürtig ist Betta Miliska, die bei den großen und kleinen Berufungen, satirischen Mosen, Eheplänkechen usw. trefflich sekundiert und auch den Klavier ausgesprochen spielt. Ist auch alles auf Heiterkeit und Komik eingestellt, geht es auch ab und zu gewagt und belzel zu, so wissen diese beiden scharmanten Künstler doch die Grenzen zu halten. Und hinter all dem Humor steckt so manches, was an sich sehr ernst aussieht und den Geist der Gegenwart geholt und henziehet. Seldiglich ein Abend, der zu weiteren Auftreten der beiden Wiener Humoristen in Dresden Veranlassung geben wird. —

Kassingsstück im Staatlichen Schauspielhaus. Als Kassingsstück für das Dresdner Staatliche Schauspielhaus ist die seit über 80 Jahren im Schauspielhaus nicht mehr gespielte berühmte Posse „Einen Tag will er sich machen“ von Johann Neff, Musik von Adolph Wüller, in Aussicht genommen. Die erste Aufführung unter der Spielleitung Zielens wird am Donnerstag, den 4. Februar, stattfinden.

Konzert im Pignerschloß. Dresden, Montag, 25. Januar, abends 8 Uhr. Ausführende: Paul Walde (Orgel), Helmut Schaefer (Klavier), Anna-Marie Zschimmer (Sopran) und Rega Karlen zu 1 und 2 (Waltz in der Musikschule, Melancholischer Waltz und der Abendhölle). Der Orchestral ist abeselt.

Das Konservatorium zu Dresden veranstaltet am Donnerstag, den 21. Januar 1932, abends 7.30 Uhr im Harmonieaal sein diesjähriges I. Prüfungskonzert mit Orchester. Eintrittskarten im Konservatorium Landhausstraße 11, II. und in den Zweiganstalten.

Dresdner Volkshochschule. Am Donnerstag spricht die junge Deutsch-Bolschewistin Dr. Edith Ker Meer über ihre Fahrt „Als Frau durch Niederländisch-Indien“ und zeigt eigene Vortragsbilder aus Java, Sumatra und Bali. Am 25. Januar wird die Operettenabend „Die schöne Galathee“ von Suppé und „Lied nach Rosenfeld“ von Offenbach. Die Orchesterleitung hat Herbert Stoch. — Am 27. und 28. Januar finden Filmvortrags von Walter Steinbaur statt, der die Arbeit am Kulturfilm und die Solistenten des Expeditionsfilms in Bolivien aus allen Erdteilen erläutert. Die ausstehenden Filme „Wunder des Films“ und „Wunder der Welt“ sind von Dr. Edgar See fuß herzustellen.

Die Jahresabende des Sächsischen Kunstvereins an fünf Mitteln sind immer mit besonderem Verständnis ausgenommen. Auch diesmal kommen Radierungen, Holzschnitte, Lithographien verschiedensten Stils zur Vertellung. Eigenes für den Kunstverein ein reiches Werk hat sich keine Skulptur „Panthe Schreden“ als Litho um, die berühmte Gruppe seiner „Reinhold Naturreisen“ spricht aus den Radierungen „Stein niger“, Panthe Schreden aus der Dresdner Heide. Von Jahr abt es ein Blatt mit stehenden Kindern und eine Lithographie. Holzschnitte bringt die Auswahl von Adler, zwei reiche Themen; Felix Müller zeigt einen Pfarrer. La nuit ist mit zwei Holzschnitten von bemerkenswerter Monumentalität vertreten. Von Walter Klein sind die wirkungsvollen „Wald Tonschnitte“, der Silberreher und die „Raminos“. Der Graphiker bringt Rich Winkler, verschiedene Werke von Hoffmann. Es ist also für jeden Geschmack gefordert und jedes einzelne Blatt hat die hohe Qualität, die bei dem Sächsischen Kunstverein Selbstverständlichkeit ist. M. H. B.

Wie betämpft

Darüber lich den Kopf. Sein der Weilen-Verein geb bringen wird.

Wie das Beispiel mitten Freund über d und leichtfertig Dame, wie aus

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

„Sie haben die die Freundschaft spenden?“

Nolizen

Wie bekämpft man die Krise?

Darüber haben sich die gelehrtesten Leute bisher vergeblich den Kopf zerbrochen. Aber in Amerika hat man nun den Stein der Weisen gefunden. In New York hat sich ein Anti-Krisen-Verein gebildet, der die Wirtschaftskrise zum Verschwinden bringen will.

Wie das geschehen soll? Sehr einfach: Man steht zum Beispiel mitten auf dem Broadway, unterhält sich mit einem Freund über die Wirtschaftslage und spricht dabei unbedacht und leichtsinnig das Wort „Krise“ aus. Wählich steht eine junge Dame, wie aus der Erde gewachsen, vor dir und sagt lächelnd: „Sie haben soeben das Wort Krise ausgesprochen! Möchten Sie die Freundlichkeit haben, etwas für die Opfer dieser Krise zu spenden?“ Dabei wird einem unmissverständlich eine Spendenbüchse vor die Nase gehalten. Man greift verblüfft in die Tasche, wirft eine Münze hinein und ehe man sich versieht, hält man eine kleine, bedruckte Karte in der Hand. „Ich beglückwünsche Sie“, lächelt die junge Dame. „Sie sind jenseits des Mittelalters geworden. Sie verpflichten sich, jedesmal, wenn Ihnen wider besseres Wissen das Wort „Krise“ entfallen sollte, eine Buße von einem Dollar an die Kreisstiftung zu zahlen.“ — Der Verein kalkuliert; die steigende Mitgliederzahl beweist, daß es immer mehr Menschen sind, die sich peinlich davor hüten, das Wort „Krise“ auszusprechen. Der Tag wird kommen, an dem es niemand mehr wagen wird, dieses gefährliche Wort auszusprechen und da alle Dinge nur insofern existieren, als sie in unserer bewußten Vorstellung vorhanden sind, wird damit auch automatisch die Krise im Bewußtsein zu bestehen aufhören.

In daselbe Kapitel gehört das Schauspiel, das einige beritzte Menschen unlängst in St. Louis der Bevölkerung geboten haben, ebenfalls in der Ueberzeugung, damit der Krise endgültig das Dasein ausgetrieben zu haben. Man nahm eine Strohpuppe, legte sie mit allem Zeremoniell in einen Sarg und verbrannte diesen schließlich auf einem offenen Platz. Die Strohpuppe sollte die Krise darstellen und als die Leute sahen, wie die böse Krise von den Flammen verzehrt wurde, schrien sie aus vollem Herzen „Hipp Hipp Hurra“ und gingen mit der frohen Versicherung nach Hause, daß am nächsten Morgen wieder die herrlichen Zeiten der „prosperity“ beginnen würden. Am nächsten Tag trafen dann allerdings in St. Louis elf Banken zusammen, aber das ändert ja nichts an der Sache.

Wenn man bei den Hottentottenstämmen einen Feind nicht erreichen und aufjagen kann, dann schnitzt man ein Holzbild, das ihm möglichst ähnlich sieht, löstert dies nach allen Regeln der Kunst und verbrennt es schließlich. Nach Hottentottenglauben segnet der Totfeind dann zur gleichen Zeit das Feindliche. Bleibt noch hinzuzufügen, daß die Hottentottenmethode bisher dieselben Erfolge aufzuweisen hat, wie der Feldzug gegen das Wort „Krise“.

Was man in Sowjet-Rußland verschweigt.

Am 18. 1. hat vor dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion der Prozeß in Angelegenheit des Zusammenstoßes von Porortzjagen zwischen den Stationen Kossino und Ustomostaja der Kajaner Eisenbahn in der Nähe von Moskau begonnen.

Am 2. Januar waren abends von Moskau zwei Züge im Abstand von einigen Minuten abgegangen. Der erste Zug hielt nach Passieren der Station Kossino an, weil sich ein Betrunkener unter den Zug geworfen hatte. Das Zugpersonal des anhaltenden Zuges sorgte nicht für Warnungssignale, weshalb der nachfolgende Zug mit einer Geschwindigkeit von 70 Kilometern in den ersten Zug hineinfuhr. Im Augenblick des Zusammenstoßes fuhr in der Richtung Moskau auf dem zweiten Gleise eine Kessellokomotive, die in den Trümmerhaufen hineinfuhr. Ein dem Ort des Zusammenstoßes sich näherndes vierter Zug wurde rechtzeitig angehalten. Getötet wurden 65 Personen, verwundet 131, wovon drei ihren Wunden erliegen sind. Zur Verantwortung werden elf Personen gezogen.

Die sonst recht redigerte Telegraphenagentur der Sowjetunion hat feinerzeit das katastrophale Eisenbahnunglück selbst nicht gemeldet.

Die Ziffern der ersten Reichspräsidentenwahl

Nachdem es nicht gelungen ist, die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten Hindenburg auf parlamentarischen Wege zu vollziehen, muß nunmehr mit einer allgemeinen Wahl gerechnet werden. Es dürfte deshalb interessant sein, die Ziffern der ersten Hindenburg-Wahl, die ja überhaupt die erste Reichspräsidentenwahl durch das Volk war, sich in die Erinnerung zurückzurufen.

Diese Wahl des Reichspräsidenten fand am 29. März 1925 im ersten Wahlgang und am 28. April 1925 im zweiten Wahlgang statt.

Bei dem ersten Wahlgang am 29. März 1925 ergaben sich: Dr. Karl Jarres, der Kandidat des zu dem besonderen Zwecke der Reichspräsidentenwahl geschaffenen Bürgerbundes, 10 416 658 Stimmen = 38,8 v. H.; Otto Braun, der sozialdemokratische Kandidat, erhielt 7 802 297 Stimmen, das waren 29 vom Hundert der abgegebenen Stimmen; Wilhelm Marx, der Kandidat des Zentrums und der ihm angeschlossen Gruppen, 3 887 734 Stimmen = 14,5 v. H.; Ernst Thälmann, der Kandidat der Kommunisten, 1 871 815 Stimmen = 7 v. H.; Dr. Willy Hellpach, der demokratische Kandidat, erhielt 1 568 398 Stimmen = 5,8 v. H.; Dr. Heinrich Feld, der Kandidat der Bayerischen Volkspartei, erhielt 1 007 450 Stimmen = 3,7 v. H.; Erich Ludendorff, der Kandidat des Balthisch-Sozialen Blochs, erhielt 265 793 Stimmen = 1,1 v. H.

Insgesamt wurden 26 866 106 Stimmen abgegeben; versplittert waren 25 761 Stimmen, unglücklich 150 654 Stimmen. Da nach dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten die erforderliche Hälfte der gültigen Stimmen von keinem der Anwärter erreicht worden war, so wurde ein zweiter Wahlgang erforderlich.

Der zweite Wahlgang hatte folgendes Ergebnis: Paul von Hindenburg erhielt 14 655 641 Stimmen = 48,3 v. H. oder abgegebenen Stimmen; Wilhelm Marx erhielt 13 751 605 Stimmen, das sind 45,3 v. H. der abgegebenen Stimmen; Ernst Thälmann 1 931 151 Stimmen = 6,4 v. H. der abgegebenen Stimmen.

Mit den versplitterten und unglücklichen Stimmen wurden insgesamt beim zweiten Wahlgang 30 567 874 Stimmen abgegeben.

6. Sachsens Flotte. Nach einer Zählung des Statistischen Reichsamts hatte Sachsen Anfang 1931 eine Flottenflotte von 271 Schiffen mit 106 228 Tonnen und 9676 PS. Davon waren 19 Schlepper mit 4181 PS. und 208 Schiffe mit 99 887 Tonnen ohne eigene Triebkraft.

Die sächsischen Hochwasserschäden

Beratung im Landtag

Dresden, 20. Januar.

Die jüngsten Hochwasserschäden im Gebiete des Freistaates Sachsen hatte, wie schon berichtet, zu zahlreichen Anträgen einzelner Fraktionen im Sächsischen Landtag geführt, die in der ersten Sitzung nach der Weihnachtspause am gestrigen Dienstag zur Beratung standen. Die Anträge bezogen sich im wesentlichen auf Beseitigung der Hochwasserschäden, Vinderung der durch die Unwetter verursachten Not und vorbeugende Maßnahmen. Sie wurden begründet von den Abg. Uhlig (Soz.), Silbermann (Komm.), Schmidt (D. Rp.), Schreiber (Natf.) und Mählig (Komm.).

Innenminister Richter

gab zu den gestellten Anträgen und Anträgen eine Regierungserklärung ab, in der er zunächst die Teilnahme der Staatsregierung an dem Unglück zum Ausdruck brachte, das die in Sachsen schon besonders schwere Wirtschaftslage noch weiter verschlimmert habe. Die Regierung habe von sich aus sofort die erforderlichen Feststellungen veranlaßt und den Amtshauptmannschaften in den am meisten betroffenen Bezirken bereits Berechnungsgelder zur Durchführung der notwendigen Arbeiten zur Verfügung gestellt. Die Schäden seien **insgesamt in den Amtshauptmannschaften Chemnitz und Zwickau recht erheblich**. Berührend hätten sich die Dammbrüche oberhalb von Riesa ausgebreitet. Es sei nicht möglich, schon heute den eingetretenen Schaden genau zu beziffern.

Die vorläufigen Schadensermittlungen beliefen sich auf insgesamt 3,7 Millionen Mark.

Unter den von Gemeinden angemeldeten Summen von zusammen knapp 1,5 Mill. Mark befand sich auch ein Betrag von 0,8 Mill. Mark, der von der Stadt Chemnitz angefordert worden sei als erste Rate für den Umbau des Falkenplatzes in Chemnitz. Die Hochwasserschadensmaßnahmen hätten sich bewährt und größeren Schaden verhütet. In erster Linie müßten jetzt diejenigen Arbeiten ausgeführt werden, durch die eine Wiederholung der Uebersflutungen verhütet werde. Schäden an Staatsstraßen oder anderen staatlichen Besitz würden unverzüglich beseitigt werden, ebenso die Schäden an den Hochwasserdeichanlagen der Flußläufe. Den hauptsächlich Wasserunterhaltungs-gesellschaften werde gegebenenfalls mit staatlichen Mitteln geholfen. Der Staat werde sich darauf beschränken müssen, in denjenigen Fällen einzugreifen, in denen die Existenz von betroffenen Privatpersonen vernichtet oder gefährdet erscheine. Die Regierung habe bereits das Reichsfinanzministerium um Hilfe gebeten und es sei zu hoffen, daß dieser Bitte Rechnung getragen werde. Der Minister sprach schließlich allen denen, die im Hochwassergebiet zur Beseitigung unmittelbarer Gefahr mitgeholfen haben, seinen Dank aus.

Abg. Schreiber (Komm.) begründete dann einen kommunalistischen Antrag, den durch Mißernisse geschädigten Kleinbauern Beihilfen zur Beschaffung von Saatgut und Futtermitteln zur Verfügung zu stellen und die mannsweise Entlastung der Steuern zu verbieten. — Abg. Dr. Troll (Landb.) beantragte einen Antrag auf Steuererlass und Schaffung eines Notfonds für die durch die Mißernisse in ihrer Existenz gefährdeten Landwirte des Erzgebirges. Zu einem kommunalistischen Antrag auf Finanzgriffnahme des Bundes von Talperrern im Müg.- und Gottliebatal erklärte

Finanzminister Dr. Hedrich

daß vom Reichsfinanzministerium schon wiederholt betont worden sei, daß die Bereitstellung von Mitteln für die Talperrern nicht möglich sei. Es sei zurzeit völlig aussichtslos, in weiteren Verhandlungen eine bestimmte Zustimmung der unentbehrlichen Reichshilfe bei der Reichsregierung zu erreichen. Auf

einen weiteren kommunalistischen Antrag betr. den Bau von Hochwasserschuttsanlagen eingehend, erklärte der Minister, daß die von der Regierung bis jetzt durchgeführten Bauten auch die schwere Belastungsprobe des letzten Hochwassers gut bestanden hätten. Von der Regierung seien zahlreiche sofort durchführbare

Planungen über Hochwasserschuttsmaßnahmen

bearbeitet worden, darunter Planungen für die Hochwasserschuttsperren in den Tälern der Gottliebatal und Müg.- und Gottliebatal, für Instandsetzung des Lungwichtbades zwischen St. Egidien und Niederlungwicht, des Albrechtsbades bei Rauten, der Parthe bei Leipzig, der Weißen Elster in Elsterberg, der Riesa unterhalb Oberhausen, des Rödertmühlgrabens bei Raurdorf (Amtshauptmannschaft Großenhain), der Schwarten Elster bei Rauten, der Würschütz zwischen Klaffenbach und Niederlungwicht. In Bearbeitung befinden sich eine umfassende Regelung der Räder von der Landesgrenze an aufwärts in den Amtshauptmannschaften Großenhain und Dresden. Die beiden Talperrern im Müg.- und Gottliebatal seien auf 30 Mill. Mark, die geplanten Flußregelungen auf rund 11 Mill. Mark veranschlagt worden. An Erwerbslosentage werden auf die Talperrern etwa 720 000 und auf die Flußregelungen etwa 440 000 entfallen. Die Ausführung derartiger Projekte müsse aber leider wegen Mangels an Mitteln auf finanziell günstigere Zeiten verschoben werden.

Hinsichtlich der vor allem im Erzgebirge infolge der Unkunft der Witterung im Jahre 1931 eingetretenen Ernteschäden führte der Minister aus, die Regierung habe von sämtlichen Amtshauptmannschaften, deren Bezirke auch schon wegen der Mißernisse im Jahre 1931 staatliche Hilfe hätten in Anspruch nehmen müssen, Berichte über die Entweichtheitsgrade des Jahres 1931 eingeholt. Die Regierung sei der Auffassung, daß es richtiger sei, bei Auswahl der zu unterstützenden Betriebe strengsten Maßstab anzulegen und denjenigen, deren wirtschaftlicher Zusammenbruch infolge der Mißernisse ohne staatliche Hilfe unvermeidbar sein würde, einen **verlorenen Zuschuß zu geben, statt weiteren Kreisen mit Hilfsansuchen eine augenblickliche Hilfe zuteil werden zu lassen**, die von ihnen später nur als eine weitere Verschuldung ihres Betriebes empfunden werden würde. Die unteren Verwaltungsbehörden hätten in verständnisvoller Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Sachverständigen der Regierung die erforderlichen Unterlagen zu beschaffen, um eine sachgemäße Durchführung der Hilfe zu gewährleisten. Die Regierung bitte den Landtag, ihr die Ermächtigung zu geben, da wo staatliche Hilfe unerlässlich sei, diese eintreten zu lassen. Ein allgemeines Verbot der zwangsweisen Vortreibung von Steuern gegen die kleineren Landwirte könne nicht erlassen werden, da es zu schweren Ungerechtigkeiten führen würde.

Abg. Tögel (Natf.) betonte die Notwendigkeit, daß sich das Reich an den Hilfsmassnahmen beteilige. — Abg. Vosse (Volksk.) sprach sich für einseitige Annahme der Flußregelungsarbeiten aus. — Abg. Breitmeier (Soz.) trat für einen Änderungsantrag seiner Partei ein, die Hochwasserschäden genau feststellen zu lassen, den nicht leistungsfähigen Geschädigten Darlehen zu gewähren und beim Reiche zwecks Erhalt von Reichsmitteln vorstellig zu werden. — Die Abgeordneten Weitenborn (Komm.) und Gerlach (Soz.) sprachen zu weiteren Anträgen der Linksparteien.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde der Änderungsantrag der Staatspartei abgelehnt. Die Anträge der SPD. und KPD. wegen der Hochwasserschäden im Erzgebirge fanden Annahme, ebenso ein nationalsozialistischer Antrag und ein deutschnationaler Zusatzantrag. Die übrigen Anträge wurden als erledigt angesehen. — Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Dienstag, 26. Januar, nachm. 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Beratung über das Volkshochschulgesetz und die Auflösung sowie ein kommunalistischer Antrag zum gleichen Gegenstand.

14,5 Millionen Fehlbetrag

Der Abschluß des sächsischen Staatshaushaltes für 1931

Dresden, 19. Januar. Ministerpräsident Schick hat dem Landtag eine Zusammenstellung der voraussichtlichen Einsparungen im ordentlichen Staatshaushalt 1931 gegenüber den vom Landtag bewilligten Einlagen des Staatshaushaltsplanes, sowie eine Uebersicht über das geschätzte Ergebnis des ordentlichen Staatshaushaltes für 1931 zugehen lassen. Danach muß bei dem gegenwärtigen Stand der Wirtschaftslage mit einem

laffenmäßigen Defizit von 14 510 000 Mark

im Rechnungsjahre 1931 gerechnet werden, das sich im Falle einer Erhöhung der Ausgabeverhältnisse im Laufe dieses Rechnungsjahres rechnungsmäßig noch erhöhen würde. Das Defizit ist, wie es in der Vorlage heißt, lediglich auf den Ausfall an Steuererinnahmen zurückzuführen. Auf Grund einer Schätzung nach dem Stande vom 17. Dezember 1931 wird mit Haushaltsverbesserungen von insgesamt 39 600 000 Mark gerechnet. Hieraus entfallen 18 400 000 Mark auf Einsparungen im Personalaufwand. Diese Summe wiederum legt sich zusammen aus:

8 800 000 Mark Ersparnis an Dienstbezüg-

der Beamten, Volls- und Berufsschullehrer und Anstellten, sowie an Personalausgaben infolge der zweiten Gehaltsfözung, 4 700 000 Mark Einsparungen an Personalaufwand ab 1. Oktober 1931 auf Grund der Sparverordnung vom 21. September 1931, 4 125 000 Mark Ersparnis an Dienst- und Berufsbezüglichen infolge der dritten Gehaltsfözung ab 1. Januar 1932, 150 000 Mark weitere Vorkontingente bei den Verwaltungsgarbeitsstellen ab 1. Januar 1932 und 225 000 Mark Ersparnis an Personalausgaben ab 1. Januar 1932 auf Grund der Reichsrotterordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931.

Weitere bedeutende Einsparungen sind vorzusehen bei dem Kapitel „Forten“ mit rund 1,2 Mill. Mark, beim Kapitel „Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gefangenenanstalten“ mit rund 1,8 Mill. Mark, beim Kapitel „Ministerium des Innern“ mit rund 100 000 Mark, bei „Kreis- und Amtshauptmannschaften

und Zweigamt Sanda“ mit rund 220 000 Mark, bei den Kapiteln „Frauenkliniken“, „Heil- und Pflegeanstalten“, „Landesgesundheitsamt“, „Medizinische“, „Anhalten der öffentlichen Gesundheitspflege“ mit insgesamt etwa 1,5 Mill. Mark. Bei den Kapiteln „Ordnungspolizei“, „Kriminalpolizei“ und „Gendarmarie“ werden insgesamt etwa 1,45 Mill. Mark, beim Kapitel „Landesfürsorgeverband und Wohlfahrtspflege“ rund 1,6 Mill. Mark, bei den Kapiteln „Staatsbahnschulen, Fach-, Gewerbe- und Handelsschulen“ usw. rund 0,8 Mill. Mark, bei Veterinärwesen, Landwirtschaft usw. rund 0,6 Mill. Mark, 4,8 Mill. Mark sollen beim Staatsstrafen-, Meeres- und Wasserwesen, 1,1 Mill. Mark im Hochbauwesen, 250 000 Mark beim Kapitel „Ministerium für Volksbildung“ und etwa 200 000 Mark bei den Staatsleistungen für die ev.-luth. Landeskirche eingespart werden, während am Aufwand für die Landesuniversität, die Technische Hochschule Dresden, die höheren Lehranstalten, die Staatstheater, das Volks- und Berufsschulwesen usw. insgesamt etwa 4 Mill. Mark getrieben werden. Unter den Haushaltsveränderungen sind

Wiedereinnahmen an Steuern mit rund 45 Mill. Mark

zu nennen, denen höhere Einnahmen vor allem in der Schlichtsteuer und Umsatzsteuer mit zusammen etwa 5,5 Mill. Mark gegenüberstehen. Da der Stand der Ausgabeverhältnisse im Besonderen des Rechnungsjahres 1931 nur rund 7,1 Mill. Mark betragen hat, ist anzunehmen, daß ein Zustand an Ausgabeüberschüssen eintreten wird. Um diesen Zustand würde sich der laffenmäßige Zuschuß von 14,5 Mill. Mark erhöhen.

d. Ein Rittergut wird aufgeteilt. Das Rittergut Reinick bei Strehla, das seit Jahrhunderten im Besitz der Familie von Egidy war, ist einer Berliner Parzellierungsgesellschaft zur Aufteilung übergeben worden. Das Gut umfaßt etwa 850 Morgen, die zum größten Teil aus erstklassigen Gemarkungen bestehen. Es soll eine Reihe von Siedlerstellen von 50 bis 80 Morgen geschaffen werden.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Unter-Vorkriegspräparat

Leipzig und Umgebung

Reichsgründungsformers kath. Korporationen

Die drei katholischen Korporationen an der Universität in Leipzig, Teutonia (K. V.), Burgundia (C. V.) und Unitas (U. V.), veranstalteten am vergangenen Montag einen gemeinsamen Reichsgründungsformers. Die Leitung dieser erstmaligen Veranstaltung, der weitere folgen sollen, lag in den Händen der ältesten Leipziger Korporation, der K. St. V. Teutonia, die sich ihr mit Umsicht unterzog und sie erfolgreich durchführte. Ihr Leiter konnte im Sachsenhof neben den volljährig erschienenen Bundesbrüdern der drei Verbände eine stattliche Anzahl Alter Herren und Gäste begrüßen, unter ihnen den Hochschullehrer Vater Dr. Lehmann, dem besonderer Dank um das Zustandekommen des Abends gebührt, Justizrat Schrömbgens (K. V.), Reichsgerichtsrat Einz (C. V.) und Apotheker Tränkner-Dresden (U. V.).

Der Einheit der drei Korporationen, die sich im katholischen Akademiker-Ausschuss (K. A. V.) an der Universität versörpert, sollte dieser Abend sichtbaren Ausdruck verleihen. Das war der Sinn der Veranstaltung, der in den Reden im Laufe des Abends mehrfach hervorgehoben wurde. Die Festrede hielt Justizrat Schrömbgens. Er wies zunächst auf die geschichtliche Bedeutung der Feier hin, auf die Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 in Versailles, verfolgte dann sichtlich den Gang der Geschichte über die bedeutungsvollen Tage von 1918 bis auf unsere Zeit und stellte fest, daß wir in all unserer Not doch eine Grundlage herübergerettet hätten, auf der ein weiteres Wirken möglich wäre: die Einheit des Deutschen Reiches. Auf dieser Basis ruhen die Aufgaben des katholischen Akademikers, die vor allem darin bestehen, in geschlossener Front, Schulter an Schulter den Kampf gegen die Gottlosigkeit aufzunehmen, die heute eine Wuchststellung inne hat, wie nie zuvor, und Deutschland freizubekommen von der Verhüllung und der Kriegsschuldfrage, auf der unsere Notlage beruht, und es unter Hintanhaltung des eigenen Wohles, ja des eigenen Lebens, zu einer besseren Zukunft zu führen, weniger mit Hilfe der Waffen als durch die Idee des Reiches. Der Beliefern in diesem Streben sei die Liebe zu Volk und Vaterland. Ihr muß es gelingen, eine Einheitsfront zu schaffen, wenn nicht alles, so doch der Katholiken.

Den Gedanken der Einheit und Einigkeit betonte auch Reichsgerichtsrat Einz. Auch er hält die Macht der Gottesleistung heute für ungeschwächt groß und sieht einen gewissen Kampf voraus. Darum ruft er den Akademikern zu: Lebt den Zusammenhalt, solange es noch Zeit ist, markiert nicht getrennt bis zur Stunde der Gefahr, dann dürfte es für einen Zusammenhalt leicht zu sein.

Abschließend wies der Vorsitzende des katholischen Akademiker-Ausschusses, stud. phil. Karl Anders, nochmals auf die Bedeutung der Veranstaltung hin, die ein Symbol des gemeinsamen Strebens sein sollte, von dem besten Gute, von den Ideen und dem Glauben des katholischen Akademikers das Wertvollste und Fruchtbarste in das Volk zu verpflanzen. — Studierende lieber, Solamander und Hätte Märkte haben dem Abend kein festliches Gepräge und trugen zu ihrem Teil dazu bei, ihm zum Ausdruck der Einigkeit der katholischen Studierenden an der Universität Leipzig werden zu lassen, wenn noch nicht der Lebenden, so doch der Erlebten.

Nachklinge zum Reichsgründungsabend. Das Polizeipräsidium Leipzig teilt mit: Am 18. Januar 1932 wurden gegen 22.45 Uhr acht von einer Veranstaltung auf dem Heimweg begriffene Nationalsozialisten im Gerichtsbezirk von etwa 20 Kommunisten überfallen und geißelt. Zwei Nationalsozialisten erlitten Schläpperletzungen an Kopf. Acht Kommunisten wurden festgenommen. — Am Montag und in der Hauptstraße kam es am 18. Januar zu Zusammenstößen, wobei auf beiden Seiten Menschen verletzt wurden.

Über 180 Entwürfe für Erwerbslosenbildung. Zu dem von der Amtshauptmannschaft Leipzig veranstalteten Wettbewerb für Erwerbslosenbildung sind über 180 Entwürfe in Plänen und Modellen eingegangen. Noch im Laufe dieser Woche wird das Preisgericht zusammentreten. Nach seinem Spruch dürfte alsbald mit dem Bau der Stellungen begonnen werden.

Zigeuner auf der Durchfahrt. Am Dienstagmorgen durchzog eine Horde Zigeuner mit klapprigen Pferden und in noch klapprigen Wagen, von mehreren Wären begleitet, die Stadt Leipzig. Es handelt sich offensichtlich um Zigeuner, die vom Volke auf der Durchfahrt sind.

Widerstand des Schülers. Am Montagvormittag wurde im Rührer Staatsgymnasium der Untersekundaner G. Sellinger während des Unterrichts von einem kurzen Ansehens befallen, dem eine tiefe Ohnmacht folgte, aus der der Schüler nicht wieder erwachte. Wiederbelebungsversuche eines Arztes hatten keinen Erfolg, da der Tod infolge einer inneren Lähmung bereits eingetreten war.

Aus der Lausitz

Millionenverluste der Oberlausitzer Textilindustrie

Zittau, 20. Januar. Die Zahlungsinstellung einer großen Frankfurter Textilhandelsfirma hat die Oberlausitzer Textilindustrie in schwerer Misere versetzt. Zahlreiche Webereien arbeiten seit Herbst vorigen Jahres für dieses Exportgeschäft, das namentlich Frankreich belieferte. Die dem Textilunion-Schicksal nun von unterirdischer Seite mitgeteilt wird, hat dieser Frankfurter Abnehmer plötzlich seine Zahlungen eingestellt und beantragt ein Moratorium. Die Oberlausitzer Fabrikanten sind mit Millionenwerten engagiert und es ist bisher völlig ungeklärt, welchen Ausgang die Angelegenheit nehmen wird.

Schließung der Versuchsanstalt Pommritz

Bautzen, 20. Januar. Dem „Bautzener Tageblatt“ zufolge sind Ermahnungen im Gange, das Institut für Landwirtschaftslehre in Pommritz aufzugeben, da es dem Staate wie auch den Landständen nicht möglich ist, das Institut in der notwendigen Weise zu finanzieren. Schon jetzt reichen die Mittel nicht aus, um den akademischen Kräften die Gehälter zu zahlen. Die Gehälter wurden daher in Naturalleistungen umgewandelt. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen außer den Wägenführern und Wägenpflüger sind entlassen worden. Das Institut soll künftig wieder als Mittergut bewirtschaftet werden.

Die Seitendorfer Wohlfahrtslasten

Seitendorf, 18. Januar. Die Gemeindeverordneten tagten am Montag wieder unter dem G. A. Buchelt, weil die neuen Gemeindefestsetzungen noch nicht fertiggestellt wurden. Der Sitzungssaal war derart überfüllt, daß die Gemeindeverordneten kaum am Verhandlungstisch Platz fanden. Auf eine Beschwerde erklärte der Vorsitzende, ein größerer Raum sei nicht zu beschaffen. Als neuer Vorsitzender wurde der zukünftige Bürgermeister und als Stellvertreter G. A. Hausmann gewählt. Als Reihenfolge der Stellvertreter des Bürgermeisters wurde festgestellt: 1. Jul. Hausmann, 2. Paul Häbel, 3. Richard Herzog. Dann wurden die Vertreter für den Seitendorfer und den Dirschfelder Schulausschuss, sowie den Schulvorstand und den Be-

Zentrumsarbeit in Schirgiswalde

Am Sonntag veranstaltete die Zentrumsgruppe Schirgiswalde in dem erweiterten Elisabethheim eine von etwa 300 Personen aller Volksschichten besuchte, harmonisch verlaufene „Klärungsversammlung“. In fast zweiwöchiger Sprache der Landesvorsitzende der Sächsischen Zentrumspartei, Herr Max Ritsch-Weidenbach, über: „Brüning und sein Weg“. 1932 wird Deutschlands Schicksalsjahr. Leider haben viele Volksschichten bei uns jedes klare politische Denken verloren. Das Geschick unseres Vaterlandes wird zu 75 Prozent von der außenpolitischen Lage entschieden. Somit kann uns nur ein klares, nach allen Seiten wohlüberlegtes Handeln und Verhandeln mit fremden Mächten weiter und vorwärts bringen, nicht leere Kraftworte und der Ausschlag auf den Verhandlungstisch. Außer der Unterstützung durch Italiener dürfen wir nur noch die Tatsache, daß Frankreich Amerika gegenüber sich in derselben Lage befindet, wie wir ihm gegenüber, als ein Mittel für uns bei den kommenden Verhandlungen in Lausanne einstellen. Bedauerlicherweise wird Deutschlands „Stohr“ herbei geholt durch die Zerissenheit, die Jugenderbeutung anlässlich der Reichspräsidentenwahl aller Welt aufzuzeigen für richtig hält.

Die Ursachen für unser heutiges Elend schuf nicht Brüning und seine Regierung, die Schuld hieran tragen der verlorenen Krieg mit den Tributlasten, die allgemeine Ueberindustrialisierung und Uebernationalisierung. Wichtig war Brünings Kampf gegen diese mit dem Mittel der äußersten Sparsamkeit. So konnten unsere Finanzen und Etats wieder ausgleichend werden. Obwohl 1931 über 5 Milliarden kurzfristige Kredite und 18 Milliarden Pfund, 1 Milliarde Schuld an England und 700 Millionen an Reparationen vom Reiches gezahlt wurden, brach unsere Währung nicht zusammen. Nur das Ausland vertrauen zu unserer verantwortungsbewussten, ehrlichen Regierung hält unsere Reichsmacht auf 100 Prozent ihres Wertes, obwohl ihre Golddeckung nur noch 25 Prozent beträgt.

Die Wirkung der von der Reichsregierung betriebenen Preislenkung beträgt 139 Prozent gegenüber dem Jahre 1928/29. Die Sanierungsmaßnahmen Brünings konnten auch der Sozialversicherung keine Einrisse nicht ersparen, trotzdem ist der Arbeiter, das Alter und der Arme in der ganzen Welt nirgends so gut vor der allergrößten Not gesichert wie bei uns in Deutschland. Daß die sogenannten Reichs nicht geschont

rufschulausschuss gewählt. Der Bauausschuss hatte für Ausbesserung der Wohnung Röh 11 Markt bewilligt, dies genehmigt man. Die Herrichtung der Wohnung im Gemeindeamt wurde verschoben, bis über die Besetzung entschieden ist. Die Deponierung der Bewerbungsarbeiten um die Bürgermeisterstelle erfolgte Dienstag, den 19. Januar. Einige Anträge des G. A. Hausmann über ein Gericht, wonach die bürgerlichen Vertreter untereinander bereits einen Kandidaten gewählt hätten, wurden durch drei bürgerliche Vertreter dahin beantwortet, daß man grundsätzlich vor Bestellung der Schreien zur Personfrage überhaupt keine Stellung genommen habe.

Der Vorsitzende gab dann eine traurige Zusammenfassung bekannt. Die Zahl der Wohlfahrtsmitglieder beträgt jetzt 72. Seit 1. April 1931 wurden an Wohlfahrtslasten aufgebracht: für Sozialrentner 3041 RM., für Kleverrentner 1971 RM., für Kriegsärzte 6743 RM., für Wohlfahrtsmitglieder 38253 RM., für sonstige Wohlfahrtsmitglieder 7465 RM., für Krankenpflege 1427 RM., für Beiratsmitglieder 237 RM. Von der Gemeinde selbst wurden über 38000 RM. aufgebracht werden, das andere vom Staat (der es durchumlage wieder von den Gemeinden erhebt). Von den Kreisbeschäftigten wurde Röh als Vertreter in den Wohlfahrtsausschuss gewählt; dem wurde entsprochen.

Die Entschädigung für den stellv. Bürgermeister wurde auf wöchentlich 20 RM. herabgesetzt. Die SPD. und KPD. waren gegen diese starke Kürzung (!) von St. Mikrotolus nicht so loslos, würde es in ihren Freundeskreis nicht mehr betreffen — der sich besonders gegen die Reichs. ab 1. Januar stark wehrte — so aber dürfte er noch einige Wochen diesen netten Nebenberuf mitnehmen können, denn der Amtschimmel läuft reichlich langsam!

Wohnbau. 20. Januar. In der Bezirksausführung am Montag ab Amtshauptmann v. Burasdorff bekannt, daß die Arbeiterlosen- und Wohlfahrtsverordnungsstellen im Bezirk in letzter Zeit erneut bedeutend gesunken sind. Wie aus dem Bericht über den Stand der Hilfsmaßnahmen hervorgeht, wird das Sicherungsverfahren bei 31 Landwirten durchgeführt. Während seinerzeit etwa 500 Notanmeldungen für Durchführung des Entschuldigungsverfahrens eingegangen sind, sind nur 280 Anträge gestellt worden.

Chemnitz, Zwickau, Plauen

Gemeinde Mittelfrohna zahlungsunfähig

Mittelfrohna, 20. Januar. Nach einem in einer Sonder-Sitzung des Gemeindeverordnetenkollegiums gefassten Beschlusse soll den Gläubigern durch Rundschreiben mitgeteilt werden, daß die Gemeinde Mittelfrohna ab 15. d. M. ihre Zahlungen einstellt und Staatsausfall beantragt. Es soll ein Vergleichsverfahren in die Wege geleitet werden. — Vorher hatten die Gemeindeverordneten ihren bisherigen Vorsteher Röh (Bürgerl.) wiedergewählt. Bürgermeister Schuppel entwickelte das trostlose Bild der Finanzlage der Gemeinde. Es sei unmöglich, den Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern nachzukommen, weil die Steuererträge stark zurückgegangen und die Wohlfahrtslasten gestiegen seien.

Chemnitz, 20. Januar. Der Rat beschloß in seiner letzten Sitzung unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Ariet, aus dem Grundvermögen der Stadt für Zwecke der vorstädtischen Kleinflurbereinigung bis zu 32 Sektor zur Verfügung zu stellen, wovon auf eine Siedlerstelle bis 1000 Quadratmeter zum Preise von 4 Pf. jährlich für 1 Quadratmeter in Erbbaurecht abzugeben werden sollen. Das Wohnungs- und Siedlungsamt wird beauftragt, den Stadtverordneten eine entsprechende Vorlage zuzuleiten.

Scheunenbrände. In Crimmitschau brannte die massive Scheune des Sädeschen Gasthofes bis auf die Grundmauern nieder. Viele landwirtschaftliche Geräte und Maschinen sowie die vorjährige Ernte fielen den Flammen zum Opfer. Die Brandursache ist noch nicht geklärt. — Die Vorstadt Weichenhain von Chemnitz ist in den letzten Wochen wiederholt von größeren Schadensfeuern heimgesucht worden. Auch in der Nacht zum Sonntag wurde die Feuerwehre wiederum nach dorthin gerufen. Beim Eintreffen der Wehren stand die Scheune eines Gutes in der Jägerhöfchenstraße in hellen Flammen. Sämtliche Erntegeräte, landwirtschaftliche Maschinen und mehrere Wagen wurden vernichtet.

wurden, bewies deren bittere Besenerschaft gegen Brüning. Die heutigen Beamtengehälter betragen dem Friedensjahr 1913 gegenüber beim Unterbeamten + 13 Prozent, beim mittleren Beamten — 4 Prozent und beim höheren Beamten — 12 Prozent, also auch hier soziale Gerechtigkeit.

Obwohl in der letzten Zeit die außenpolitischen Sorgen im Vordergrund stehen mußten, hat das Zentrum doch die die kulturellen Belange des Volkes vernachlässigt, es hat sich im Schutz des Christentums von keiner anderen Partei einholen oder übertreffen lassen. Heute heißt es: Nerven bewahren, nicht jedem Heher und Schreier glauben und nachlaufen, sondern ihm entgegenzutreten und zu materiellen Opfern bereit sein, dann wird 1932 für unser deutsches Volk sicher das Jahr der Freiheit.

Die klaren, überzeugenden Ausführungen des Redners wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Parteiabende

Dresden-Neichen. Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr im kleinen Saal von Neichen, Bezirksversammlung. — Redner: Max Ritsch (Weidenbach).

Zittau. Mittwoch, 20. Januar, 20.30 Uhr im Antoniusheim Monatsversammlung des Windthorstbundes mit Vortrag von Lehrer Schwoppe (Waltersdorf) über „Pazifismus“.

Bautzen. Donnerstag, den 21. Januar. — Redner Max Ritsch: „Brüning's Werk und unser Volk“.

Glauchau. Sonnabend, 20. Januar, findet im Meißnerhaus abends 7.30 Uhr eine Zentrumsvorversammlung statt. Herr Lehrer Reinh. Hoffmann aus Weidenbach hält einen Vortrag über: „Mit Brüning für Deutschlands Freiheit“.

Dresden-Lößlau. Bezirksversammlung am Donnerstag, 18. Februar, abends 8 Uhr im Hofsche Keller. Dr. Ritsch (Weidenbach) spricht über das Thema „Brüning im Kampf“. Die Parteifreunde in Lößlau, Cottau und Plauen sind zur Teilnahme an der Versammlung eingeladen.

Dresden-Johannstadt. Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 Uhr im kleinen Saale von Sammers Hotel Versammlung der Bezirksgruppe Johannstadt und Striesene. — Redner Max Ritsch.

Aus der D.R.G.-Bewegung

Fußball.
D.R.G. Ost 2. gegen Blühnig 2. 3:1 (1:1).
In Blühnig trafen sich die beiden Mannschaften zu einem Freundschaftsspiel unter Leitung eines Schiedsrichters vom Blühnig. Beim Stande von 3:1 brach Ost das Spiel ab. Der Schiedsrichter beantragte die Beendigung, daß die an sich nicht abschließende Beendigung ergriffen werden mußte. Er wollte die Unfähigkeit der Blühniger durch ungedeckte Verhängung von Elfmeterstrafen wetten, was den Spielabbruch zur Folge hatte. Das Ehrenwort für Blühnig viel ebenfalls aus einem Elfmeter.

Handball.
D.R.G. Chemnitz 1. gegen W. Pauli 1. 4:4.
Mit 9 Mann und einem Ersatzspieler antretend, konnte D.R.G. gegen den in härtester Aufstellung erscheinenden Gegner noch ein ehrenvolles Remis erzielen. Bis zur Pause lag mit 1:1 im Vorteil liegend, war D.R.G. in der zweiten Hälfte ziemlich abgeknüpft, so daß es Pauli gelang, abzuschließen.

D.R.G. Chemnitz 2. gegen Tu. Wittgenheim (D.R.) 3. 1:8.
Eine harte Niederlage mußte die zweite Mannschaft von den Spielstätten Turnern einstecken. Bei mehr Geschlossenheit des Sturmes hätte D.R.G. das Resultat erheblich verbessern können, so aber langte es nur zum Ehrenort. Gefallen konnten bei D.R.G. nur die Verteidiger.

D.R.G. Kamenz 1. gegen Tu. Kamenz 1846 2. 0:5 (0:2).
Am Sonntag mußten die Kamenz Jugendkämpfer eine überraschende Niederlage von der zweiten Elf des Tu. Kamenz 1846, die durch zwei Spieler der ersten Elf verstärkt war, einstecken. Die Jugendkämpfer haben das Spiel viel zu leicht genommen und traten auch nur mit zehn Mann an. Die Jugendkämpfer wurden überdies fast vom Schiedsrichter benachteiligt, was den Elfer der Mannschaft naturgemäß stark beeinträchtigte.

Erfolge der D.R.G. Kamenz.
Am Mittwoch, 13. Januar, abends 8.30 Uhr hielt die Abteilung Kamenz der Deutschen Jugendkraft ihre diesjährige Jahreshauptversammlung ab. — Der Präses, H. S. Kaplan Karl Retschmer, begrüßte die anwesenden Mitglieder aufs herzlichste und dankte dem Vorstand sowie allen anderen Mitarbeitern für ihre Mitarbeit im vergangenen Vereinsjahr. Es folgten dann die verschiedenen Jahresberichte, aus denen zu ersehen war, daß die Jugendkraftarbeit auch in Kamenz, wenn auch langsam, so doch sichere Fortschritte machte. Aus den Berichten kurz folgendes: Trotz des Notjahres 1931 ist unsere Fortnummere 4 Jahren bestehende Abteilung ein gutes Stück vorwärts gekommen, sei es in Leichtathletik oder im Handballspielen usw. Die Mitgliederzahl ist von 27 auf 35 gestiegen; auch gehören jetzt über 50 Kinder der Schülerecke an. Die Handballer hat im vergangenen Jahre 18 Spiele ausgetragen, von denen sie 6 gewonnen und 9 verlor, während 3 Spiele unentschieden endeten. Das Torverhältnis ist 81:111 zu unseren Ungunsten, was deutlich eine Schwächeperiode der Vollmannschaft zur Zeit kennzeichnet. Der Handballer ist aber verdammt gewesen, sich für das Jahr 1931/32 die Bezirksmeister- und auch die Gau- und Landesmeisterwürde des Gau- Kreisstadt Sachsen zu erringen. Auch in der Leichtathletik sind Fortschritte zu verzeichnen, die regelmäßigen Turnstunden weisen immer zufriedenstellenden Besuch auf. — Der Jahresbericht machte den Beschluß notwendig, die Beiträge etwas zu erhöhen, was einstimmig gebilligt wurde. Es folgten dann die Wahlen der Vorstandsmitglieder. Der Gesamtvorstand setzt sich jetzt wie folgt zusammen: Präses: H. S. Kaplan Karl Retschmer, Kamenz, Thalfstr. 14; 1. Vor: Herr Wolf Strauß, Kamenz, Grenzstraße 2; 2. Vor: Herr Rudolf Gnauch, Kamenz, Bauhner Str. 63 (zugleich Vorsitz des Jungmännervereins Kamenz); Ehrenmitglieder: Herr Josef Schwann, Kamenz, Nordstr. 20; 1. Schriftführer: Herr Johannes Janke, Kamenz, Kaiser-Wilhelm-Platz 4; Preisrichter und 2. Schriftführer: Kurt Janda, Kamenz, Bauhner Str. 91; Kass.: Georg Gnauch, Kamenz, Bauhner Str. 63; Turnwart und Jugendturnwart: Paul Feilsche, Kamenz-Wiesa Nr. 16; dessen Stellvertreter: Herr Otto Sarter, Kamenz, Kaiser-Wilhelm-Platz 7a; Stellv. des Jugendturnwarts: Erich Mendel, Kamenz, Kuhweg 190a; Kürr-Wächter: Art. Fr. Rocca, Kamenz, Nordstraße 18; Mannschaftsleiter für Handball: Kurt Janaschki. — Möge die Kamenz Jugendkraft der D.R.G. auch im Jahre 1932 den schweren Zeiten zum Trost weiter wachsen und aufwärts streben und zum Wohle der katholischen Sportbewegung in Sachsen wirken.

Der

Seit der Ver
Ihren brennt es
in dem alten Kre
zur chinesischen
Land wie Deutsch
frei von chinesis
Nomaden haufen
sch Mulden baue
japanischen Krieg
Japan das Land
Koch Sun Va
Kriegsrieg in C
ausgeplünderte Ch
auch Japan intere
einnetzte sich des
stern und verga
niederen Lebens
Man konnte nicht
den Chinesen ver
sagen. Aber die
bram es mit Dis
Kauern zu tun.
Nun ist wieder
langer Zeit habe
waren kleine Gefe
den breiten Pali
süßen Bahn we
lippigen und zerr
Korea sind. Die
hierie beklagt us
schier endlos hin.
Wir stellen tie
ordentlich, gute
bohn. Was ihr n
jährlichen Leber
erhalten kann; D
aruben und die
Straßenbahnen, G
gen, Hotels. Das
Kernung auf die
Ringen haben.
Der südwestlich
über liegt Peking
wären kleine Gef
lichem Gleichm
schweren Ebenen
Sie bringen deut
Fotoapparate in
Touss, um sie in
China, von dem
Jahre gepachtet
ernacht! Einen v
den breiten Asph
häusern, den mod
der japanischen
leider, nach einem
Zurück, nach einem
den vornehm
amerische Flücht
Wärdeträger, die
sie wieder zur W
In Mukden
Präsident. Da gel
„Juden“ verpact
süde und forensi
Auch chinesische
S. und der „Train“
Truppe trägt. G
tunden Hüten, un
schützen, marsch
Nicht weit vo
dem jetzigen Krie
Streitkräfte der J
ja isolieren und
Licht an, nun Kri
Kauhan schaut m
Stadt, Diesfälli
in der Wandsture
zahlen. In den
nellen und magere
berst und auf der
und doch gibt es n
Ein Straßenh
würde sie gern e
und bitte darum.
Er handelt ja nich
leibt der Mann je
bleibt er, wie jeder
Viele Russis h
in Erdhöhlen; fast
bitzen ein, aber f
Chinesen, hochar
immer mehr und n
der Mitte. Das
haben und denen
Kull nichts mehr
leitlichem Gefühl,
Familie alles. So
Auch die Generäle
ich die nötige Wilt
Akademiker sind u
Zuversuchen, die
lang keinen Sold
Reinuniform von
chinesischen Halb
mehr, wie es ihne

Unterhaltung und Wissen

Nr. 17 — 21. Januar 1932

Sächsische Volkszeitung

Der Kampf um die Mandschurei

Seit der Verjagung der Mandschu-Dynastie von Chinas Thron brennt es von Zeit zu Zeit und immer wieder lichterloh in dem alten Kronland. Den Mandschu-Kaisern gehörte bis zur chinesischen Revolution ein mehr als zweimal so großes Land wie Deutschland. Sie hatten die weiten Steppen bewußt frei von chinesischer Einwanderung gehalten. Nur schweifende Nomaden hausten dort. Dann durfte Rußland seine Bahn nach Mukden bauen, deren südöstlicher Teil nach dem russisch-japanischen Krieg von Japan übernommen wurde, obwohl auch Japan das Land nicht gehörte.

Nach Sun Yat Sengs Revolution siedelten sich durch den Bürgerkrieg in China, und durch Räuber, Soldaten, Beamte ausgeplünderte chinesische Bauern in der Mandschurei an. Aber auch Japan interessierte sich für das menschenarme Land. Man erinnerte sich des immer wachsenden Ueberflusses der Bevölkerung und vergaß doch, an die Bedürfnislosigkeit und den niedrigen Lebensstandard der chinesischen Bauern zu denken. Man konnte nicht konturieren. Schon eher geeignet waren die den Chinesen verwandten Koreaner, die sich auch bald niederließen. Aber die japanische Regierung, der Korea untersteht, bekam es mit Differenzen zwischen chinesischen und koreanischen Bauern zu tun. Es gab ernste Konflikte.

Nun ist wieder Krieg in der Mandschurei. Noch vor nicht langer Zeit habe ich das Land dort oben besucht. Auch damals waren kleine Gefechte im Gange. Als der Zug von Korea her den breiten Dalusfluß kreuzte und wir mit der südmandschurischen Bahn weiter ins Land fuhren, sah ich erstaunt auf die klippigen und zerklüfteten Gebirge, die so verschieden von denen Koreas sind. Die weiten Steppen der Mandschurei sind mit Hirse bepflanzt und ausgedehnte Sojabohnenfelder ziehen sich hier endlos hin.

Wir reisen tiefer ins Land hinein mit dieser wunderbaren orientalischen, guten, schnellen, sauberen mandschurischen Eisenbahn. Was ihr nicht alles gehört, was sie nicht alles aus ihrem jährlichen Ueberflusse, besonders dem Transport der Sojabohne errichten kann: da sind Kolonien und Plantagen, Fabriken, Straßenbahnen, Gaswerke, Schulen, Krankenhäuser, Siedlungen, Hotels. Das ist ein Erwerbunternehmen der japanischen Regierung auf chinesischem Boden, von dem auch die Chinesen Nutzen haben.

Der südwestliche Ast dieser Bahn führt nach Dairen. Gegenüber liegt Pekings Hafen. Tientsin, der mit seinen letzten Werten wenig Geschäftigkeit zeigt. Man lebt seine Tage in stiller Gleichmut dahin. Anders Dairen an der südmandschurischen Eisenbahn. Ein Hafen voller Schiffe, auch deutsche. Sie bringen deutsche Maschinen und Maschinenteile, Glas und Photoapparate ins Land und nehmen Sojabohnen dafür in Tausch, um sie in die Welt zu tragen. Dairen, das ist wohl China, von dem der Boden dieser Stadt für neunundzwanzig Jahre gepachtet wurde, aber was hat Japan aus dem Boden gemacht! Einen Welthandelsplatz von großer Bedeutung. Auf den breiten Asphaltstraßen zwischen den weißen Bürohäusern, den modernen japanischen Hotels, den Autos, Trams, der japanischen Polizei sucht man vergebens, und vielleicht leider, nach einem asiatischen Bauwerk alter oder neuer Kunst. In dem vornehmen Wohnviertel oder wohnen zuckelnde, chinesische Flüchtlinge, abgelehnte Generale, Gouverneure, hohe Würdenträger, die außer Schmeichelei ihre Zeit abwarten, bis sie wieder zur Macht gelangen können.

In Mukden sehen wir Truppentransporte, Nachschub und Proviant. Da gehen japanische Soldaten und tragen in kleine „Kisten“ verpackt Munition in die vordersten Linien. Chinesische und koreanische Lohnkulis schleppen die Kisten hinterher. Auch chinesische Sanitäter, Soldaten, die Arzneimittel haben, und der „Train“, der die Geschütze und Lebensmittel für die Truppe trägt. Gefangene chinesische Infanterie, mit großen runden Hüten, um die Geschütze vor Witterungseinflüssen zu schützen, marschieren düster vorüber.

Nicht weit von Mukden am Fluße des Piao, den man in dem letzten Kriege für sehr geeignet hält, um die ersten Streitkräfte der Japaner und Chinesen ein wenig voneinander zu isolieren und Verhandlungen anzubahnen, liegt Kinko, nun Kriegsschauplatz. Von dem berühmten Berge von Kankou schaut man auf die kleine, von Mauern umgebene Stadt. Vielfältig und schwer verständlich bleibt das Leben in der Mandschurei, und es ist nicht einfach, es wirklich kennen zu lernen. In den Wintergassen der Stadt gehen zerklumpte Chinesen und magere Kinder und suchen Arbeit, denn es ist später Herbst und auf den Feldern nichts mehr zu tun. Man ist arm und doch gibt es noch Romantik.

Ein Straßenhändler hält eine Zeitung in Händen. Ich möchte sie gern erwerben, denn es sind schöne Bilder darin, und bitte darum. Rätselhaft reicht er sie mir — nein —. Er handelt ja nicht mit Zeitungen, aber mit Tonwaren. Dabei hebt der Mann so verständlich und klapprig aus, aber höflich bleibt er, wie jeder Chineser.

Viele Russen kaufen, wenn sie keine Wohnung mehr haben, in Erdhöhlen; fast wie Tiere graben sie sich in den felsigen Gehirgen ein, aber sie werden sich doch eines Tages, wie fast alle Chinesen, hocharbeiten. So fällt sich die weite Mandschurei immer mehr und mehr mit flüchtenden Söhnen aus dem Reiche der Mitte. Das sind Chinesen, die nichts mehr zu verlieren haben und denen der Bürgerkrieg alles nahm. Können sie als Rull nichts mehr verdienen, werden sie Soldat, nicht aus patriotischem Gefühl, dem Chinesen gilt nicht der Staat, aber die Familie alles. Soldat sein ist „Bling“. Das ist niederste Kaste. Auch die Generale sind meist einfacher Herkunft. Sie eignen sich die nötige Bildung an und umgeben sich mit Beratern, die Araber sind und verschiedene Sprachen sprechen, oder mit Ingenieuren, die Arsenale verwalten können.

Die Ausrüstung der chinesischen Truppen, die oft monatelang keinen Sold erhalten, ist ungleich, meist eine graue Reiteruniform von europäischem Schnitt, am Fuß den leichten chinesischen Halb Schuh aus Stoff. Die Soldaten tragen die Gewehre, wie es ihnen gerade paßt. Die Waffen sind verschiedener

Gattung, die Geschütze schlecht gepfeilt und bedient. Die Flugzeuge ohne genügend ausgebildete Piloten.

Ihnen gegenüber kämpfen andere, ausgezeichnete, tadellos ausgerüstete und nach europäischem Muster ausgebildete japanische Truppen, aus meist bäuerlicher Bevölkerung. Als die Japaner den Bogen mit dem Gewehr vertauschten, den Kimono mit der Uniform, führten sie auch die allgemeine Wehrpflicht ein. Der Japaner ist ein Krieger seit der alten Samuraizeit. Er ist tapfer und patriotisch, und das Militär hat noch heute eine besondere Stellung im Staate, denn es untersteht nur dem Kaiser. Die Minister wissen wohl, daß sie mit dieser Tatsache rechnen müssen, denn nicht bei ihnen steht es, ob in der Mandschurei weiter gekämpft werden soll. Das Militär entscheidet selbst.

Ungleiche Gegner stehen sich gegenüber. Mehrere hundert-

Ausgang

Zimmer enger, leise leise,
Ziehen sich die Lebnkreise,
Schwindet hin, was prahlt und prunkt,
Schwindet Hoffen, Hasen, Lieben,
Und ist nichts in Sicht geblieben,
Als der letzte dunkle Punkt.

Theodor Fontane

tausend mangelnde Soldaten sind notwendig, um gegen eine Minderzahl von nur einem Sechstel Japaner zu kämpfen. Und doch ist die ganze Welt gespannt auf den Ausgang, denn das Tor der Mandschurei wird auch von Nordamerika und Rußland genau beobachtet. Sie werden scharf aufpassen, damit China nicht vorzeitig vor Japan kapituliert und Japan nicht zu weit erreicht.

Ma Tz. Soan.

Wenn die Fluten steigen

Die Hochwasser-Katastrophen der letzten Jahre

Wieder meldete der Telegraph in diesen Tagen aus fast allen deutschen Gauen das Steigen der Fluten, und in mehreren Gegenden Deutschlands durchbrachen die reißenden Hochwasser die schützenden Dämme, alles überflutend, zerstörend, mit sich fortziehend. Viele beklagen den Verlust ihres Obdachs, ihres Eigentums, und auch Menschenleben forderten die Naturgewalten.

Wer nicht selbst einmal eine Hochwasserkatastrophe erlebt hat, kann sich nur schwer ein Bild machen von dem Vernichtungswerk der Fluten, die stündlich steigen und immer mehr an Gewalt zunehmen. Heute noch trägt der Fluß seine Wässer in ruhiger und gleichmäßiger Bahn zu Tal. Da plötzlich schlägt das Wetter um. Auf frostigen Schneewetter folgt ein vorzeitiger lauer Frühlingstag. Die Menschen, die am Strom wohnen, schauen ängstlich diesen Wandel der Temperaturen. Sie wissen, was für sie auf dem Spiele steht. Auch den nächsten Tag hält die milde Witterung noch an. Die Folge ist, daß im Gebiet des Oberlaufes des Stromes die große Schneeschmelze einsetzt. Die Gebirgsbäche, die vor ein paar Tagen nur als dünne und durchaus gutmütige Rinnsale zu Tal eilten, schwellen zu reißenden Fluten an. Sie ergießen ihre Wassermassen in die Nebenflüsse des Stromes, der — aus vielen hochgehenden Flußläufen gespeist — die Wogen nicht so schnell ins Meer tragen kann. Die Folge ist ein ständiges Steigen des Wasserstandes.

Nun beginnt der Telegraph zu arbeiten. Stündlich jagen sich die Depeschen, die in Zahlen die wachsende Gefahr anzeigen. Die Menschen stehen an den Kaimauern und sehen zu, wie das Wasser einen Zentimeter nach dem anderen höher emporsteigt. Jetzt reicht es schon fast bis zum Rande. Einzelne Wellen schlagen schon über die Mauer hinweg und spülen über den Bahndamm. Hunderte von Händen arbeiten fleißig in den umliegenden niedrigen Straßengassen, um die Keller und Untergeschosse zu räumen. Dann brausen die Fluten in die Stadt herein, schmutziggelb und schlammig, ergießen sich in die Keller, in die Lagerhallen des Hafens, in die Wohnungen zu ebener Erde und legen hier ruhig und breit und faulig, während der Strom weiter wächst und anschwillt. Die Menschen haben sich in die oberen Stockwerke geflüchtet und sitzen hier in ihren Stuben und warten —. Boote bringen ihnen das Notwendigste zum Leben durch die Fenier, Kranke werden in höchster Gefahr auf dem gleichen Wege weggeschafft. Und wenn dann vielleicht nach Wochen die Wasser zurückgehen, kommen die Menschen in ihre verwüsteten Behausungen, die voll stinkigem Schlamm und Sand und Urat sind.

Das eine solche Katastrophe große Menschenopfer gefordert hätte, ist in Mitteleuropa in den letzten Jahren dank der durchweg wohlorganisierten Abwehrmaßnahmen nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Die letzte große Wasserkatastrophe erlebte Europa im vergangenen Jahre, im Februar 1931, in Rumänien. Das mächtige Delta der Donau kurz vor der Mündung war in seiner ganzen Ausdehnung zugefroren. Von Osten her, von Rußland, wehten Ewinde herüber, die das Gefrieren der trüben Mündungsfluten noch beschleunigten. Da wurde aus Europa der Einfall einer milden Witterung gemeldet. Die Einwohner der unterhalb der Mündung liegenden Stadt Balkov zitterten in dem Gedanken an die Gefahr, die ihnen drohte. Das Anheiß nahm seinen Lauf. Im Gebiet der oberen Donau begann die Eisschmelze. Der Fluß wuchs und wuchs, und die Einwohner von Balkov sahen erschreckend die stehenden Fluten. Die Eislicht vor der Mündung war so dick, daß die Wassermassen sich nicht durchstoßen konnten. So stauteten sich die Wogen unterhalb der Stadt Balkov und die Folge war, daß die Donau in wenigen Stunden sämtliche Straßenzüge meterhoch anfüllte. Die Menschen fanden nicht einmal Zeit, zu fliehen. Sie zogen in die oberen Stockwerke ihrer Häuser und sahen sich hier ringsum von den drohenden gelben Fluten des Stromes eingeschlossen. Am 13. Februar war die Katastrophe über sie hereingebrochen. Sie sandten sofort ein dringendes

Telegramm an die Regierung in Bukarest, das lautete:

„SOS! Die Wassermassen in den Kanälen heben sich von Minute zu Minute. Die Eismassen gehalten dem Wasser keinen freien Abfluß. Es droht uns die Verwüstung. Sendet sofort Eisbrecher!“

Wären die Eisbrecher, die in diesem Telegramm angefordert werden, rechtzeitig zur Stelle gewesen, so hätte die letzte Katastrophe vermieden werden können. Sobald eine Rinne im Eis gebrochen worden wäre, wären die Hochfluten ins Meer abgelaufen. Aber die Eisbrecher kamen zu spät. Immer höher stieg das Wasser in den Häusern. Die Menschen hatten sich schon auf die Dächer geflüchtet und warteten stündlich, von den reißenden Fluten erfasst und in den sicheren Tod gerissen zu werden. Eine Stunde nach der ersten Depesche sandte der bedrängte Ort einen zweiten und letzten Hilferuf an die nächste Militärstation:

„SOS! Die Stadt ist von den schmutzigen Wellen überflutet. Eisbrecher sind noch immer nicht erschienen. 5000 Menschen sehen dem Tod ins Auge!“

Dann verdröhten die Fluten die telegraphischen Leitungen und die Welt blieb im Ungewissen über das Schicksal der Bevölkerung von Balkov. Anwesende Flugzeuge waren dann Augenzugen der Verzweiflung, die in der Stadt ausbrach. Unabwärtig forderten die entseelten Elemente ihre Opfer. Über 2000 Menschen mußten in den Fluten ihr Leben lassen. Wegen die zuständigen Behörden erhob sich später der Vorwurf, sie hätten die drohende Gefahr früher erkennen und rechtzeitig durch Eisbrecher für einen ungehinderten Abfluß der zu erwartenden Wassermengen sorgen müssen.

Hundertmal grausamer und unerbittlicher aber wüteten die Hochwasserfluten im Sommer des vergangenen Jahres in China. Das war wohl die größte und furchtbarste Katastrophe, die die Welt überhaupt in den letzten Jahrhunderten erlebt hat. Das Unglück begann damit, daß der Yangtse-Fluß über die Ufer trat und die Lande überflutete. Die Wasser ergossen sich in das Gebiet von Hankau, dessen Einwohner flüchteten oder aber in den Wellen umkamen. Um das Anheiß zu vervollständigen, brach dann noch eine Unwetterkatastrophe über das ohnehin schon aufs äußerste gefährdete Land herein, rig die Häuser und Stätten ein, auf deren Dächern die verängstigten Menschen ihr Ende erwarteten. Ein Wirbelsturm verwüdete die letzten ganz gebliebenen Dämme. Ganze Provinzen wurden in wenigen Tagen meterhoch unter Wasser gesetzt. Die Städte und Dörfer brachen zusammen und überließen ihre Einwohner dem Wassertod.

Als dann die Fluten zurückgingen, trat eine neue Gefahr auf. Es war der Regierung nicht möglich, in die verwüsteten Gebiete genügend Lebensmittel zu senden. Tausende und Aber-tausende starben elend den Hunger tot. Dann brachen die Seuchen aus, für deren wirksame Bekämpfung wiederum die Mittel fehlten. In dem Schlamm, den die zurückgehenden Wasser hinterließen — Hunderttausende unbedeutende Leiden und Tierkadaver lagen ringsum — brannte die Sonne und bildete jene Pestkräuter, die die Seuchen begünstigte. Hier wirksame Hilfe zu bringen, hätte es einer Hilfsaktion der ganzen Welt bedurft. Doch die Welt schwieg. Nur hier und da ungeschönte Versuche, die Weltöffentlichkeit aufzurufen. So starben in China — nach der offiziellen Schätzung — rund zwei Millionen Menschen durch die Fluten, durch Hunger und durch die Seuchen. Mehr als zehn Millionen Menschen verloren außerdem ihr Obdach und ihr gesamtes Hab und Gut.

Wie an Ausdehnung fast gleich große Katastrophe erlebten die Vereinigten Staaten im Jahre 1927, als der Mississippi, der Erde größter Strom, über die Ufer trat. Wenn auch diese Ueberschwemmung nicht annähernd soviel Menschenleben forderte, wie die chinesische Katastrophe, so

